

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHE
ZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Es gibt kein Blindenparadies

Aber gut gesorgt war in der DDR trotzdem für sie –
Erinnerungen an 50 Jahre Allgemeiner Deutscher
Blindenverband

Seite 3

› Hass und Rassismus aufs Ohr

Eine Ausstellung aus Bielefeld beleuchtet Hinter-
gründe rechtsradikaler Musik

Seite 4

› Polizeiübergriffe

Inwiefern ist das Recht auf freie Meinungsäußerung
und Demonstration in der BRD eine Farce

Seite 7

Hambacher Fest 1832

Bis dahin größte politische Massendemonstration in
Deutschland

Seite 9

10

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang

18. Mai

www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Perspektive für Sächsische Armutshauptstadt:

Sumpftown des Ostens

Unverzügliches Handeln des Oberbürgermeisters ist dringend notwendig

LN. Nicht zuerst ein kriminelles Netzwerk bis hinein in hohe Justiz-, Polizei und Politikreise scheint Sachsens Innenminister Buttolo (CDU) wie Generalstaatsanwalt Schwalm zu beschäftigen, sondern vor allem die Frage, wie die Affäre möglichst schnell beendet werden kann. So einfach aber geht das angesichts der 15 600 Blatt Papier, die der Verfassungsschutz zum Geflecht aus Organisierter Kriminalität (OK), Immobiliengeschäften und Kinderprostitution im Freistaat sammelte, nicht mehr. Auch wenn der oberste – inzwischen selbst in Erklärungsnot geratene – Datenschützer Andreas Schurig das brisante Material für eine juristische Auswertung sperren, am liebsten ganz vernichten möchte, weil es „teilweise rechtswidrig“ erhoben worden sei. Wobei – wo liegt die Gefahr? Der „Rechts“staat weiß sich doch zu helfen. Häufen sich nicht gerade in jüngster Zeit staatsanwaltschaftliche Verlautbarungen über eingestellte Verfahren gegen Politiker und andere Verantwortungsträger?

Allerdings, soweit ist es in diesem Fall noch lange nicht und der Generalstaatsanwalt lehnt die Vernichtung der Unterlagen ebenso ab, wie zahlreiche sächsische Parlamentarier. Nach der bisherigen Berichterstattung ist Leipzig offenkundig das Hauptoperationsgebiet der OK mit Vernetzung bis hinein in Verwaltung und Rechtspflege in Sachsen. Deshalb fordern Dr. Volker Külöw und Dr. Dietmar Pellmann, beide Stadträte und Mitglieder des Landtages, unmissverständlich von den politisch Verantwortlichen Leipzigs

LOTHAR OTTO enthüllte für die Karicatoon 2007, was er so konkret noch gar nicht wissen konnte, was aber halt eben stimmt: Der Ausverkauf läuft, auf der ganzen Linie ... Diese und andere „Nackte Wahrheiten“ der 6. Biennale der satirischen Zeichnung Leipzig sind bis zum 8. Juli im Stadtgeschichtlichen Museum zu betrachten.



unverzüglich zu handeln und nicht erst auf die Ergebnisse des sächsischen Verfassungsschutzes, der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages oder etwa dessen Untersuchungsausschusses zu warten.

Sie erklären: „Innerhalb der Stadtverwaltung bzw. auf der Ebene des Leipziger Stadtrates sollten sofort die notwendigen Maßnahmen wie z. B. die Einsetzung eines Aktenuntersuchungsausschusses geprüft und gegebenenfalls ergriffen werden.“

Der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung muss – möglichst vor der nächsten Stadtratssitzung – handeln, nicht zuletzt, um dem Ansehen der Stadt keinen weiteren, ansonsten nicht wieder gut zu machenden Schaden zuzufügen. Nach allem, was bereits zu lesen war und möglicherweise in den kommenden Tagen noch folgen wird, hat das lange Jahre beschworene Bild von Leipzig als der vermeintlichen *Boomtown des Ostens*, schweren Schaden genommen. Auch wenn einzelne der jetzt publik gewordenen Vorgänge bereits einige Jahre zurückliegen, besteht die reale Gefahr, dass, wenn nicht schnell und zielstrebig gehandelt wird, sich nunmehr deutschlandweit ein neues Bild von Leipzig, das von der *Sumpftown des Ostens*, verbreiten könnte.

Da es uns nicht um parteitaktische Spielchen geht, bieten wir dem Oberbürgermeister unsere politische Unterstützung bei der Aufklärung des mafiotischen Netzwerkes in Leipzig an, stellen aber zugleich klar, dass aus der Verwaltungsspitze selbst die Initiative kommen muss.“

Auf ein Wort bitte



RALF SCHÄFER,
ATTAC

Wö früher der Kaiser mit seinem Gefolge logierte, auch Benito Mussolini soll sich gern dort aufgehalten haben, zieht es auch die heutigen Herrscher hin. Die Staatschefs der reichsten und mächtigsten Staaten (USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Japan und Großbritannien) treffen sich vom 6. bis 8. Juni 2007 zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Auf der Tagesordnung stehen Investitionsschutz, geistige Eigentumsrechte und die Förderung privater Investitionen, aber auch Klimaschutz und Hilfe für Afrika. Viel erwarten braucht man indes bei letzteren Punkten nicht. Denn den vollmundigen Bekenntnissen, u. a. auch von Kanzlerin Angela Merkel zur sozialen Ausgestaltung der Globalisierung, steht eine neoliberale Wirtschaftspolitik

gegenüber. Gerade diese Politik ist aber aktuell eng mit Umwelterstörung verbunden und kommt in den wenigsten Fällen den Ärmsten zugute.

Schaut man 15 Jahre zurück, verpflichteten sich die G8-Staaten schon in der Agenda 21 zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und Verbesserung der Lebensbedingung der Ärmsten dieser Welt. Getan hat sich seitdem nicht viel. Ebenso wenig wurden Zusagen zur Entwicklungshilfe erfüllt. Die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen, ist auf 1,2 Milliarden gestiegen und die Schere zw-

handelsorganisation (WTO), internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank flankiert und in Gang gesetzt. In diesen Institutionen läuft aber nichts ohne oder gegen die G8. Im IWF haben die G8 dank ihrer hohen Beitragszahlungen fast die Mehrheit der Stimmen, in anderen Institutionen kann Entwicklungshilfe zur Durchsetzung der politischen Linie genutzt werden, wie jüngst zwei Forscher der Universität Harvard nachwiesen. Das im Hinterkopf, ermöglicht eine andere Sichtweise auf die sogenannten Zwänge. Die G8-Staaten haben die Verhältnisse hervorgebracht,

dungen zur globalen Politik stehen die G8 quasi in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen (UNO). Und so imperfekt die UNO auch sein mögen, sie sind das einzige halbwegs demokratische Gremium das legitimiert wäre, Beschlüsse auf globaler Ebene zu treffen. Als Gegenutopie stünde ohnehin so etwas wie ein Weltparlament, denn auch in der UNO sitzen nur Vertreter der Exekutive.

Die Aufgabe zivilgesellschaftlicher Bewegungen ist deshalb, diese Gipfel zu nutzen, um der Weltöffentlichkeit ihre Vorstellungen einer anderen Welt vorzustellen, aber auch auf die Illegitimität der G8-Beschlüsse hinzuweisen. Spätestens seit Genua wissen wir aber auch, dass die Exekutive vor gewaltsamer Repression von zivilgesellschaftlichem Widerstand nicht zurückschreckt. Die jüngsten Razzien in Deutschland sind zudem ein Versuch, die Anti-G8-Bewegung im öffentlichen Bewusstsein in den Zusammenhang mit Terrorismus zu rücken.

Auf also nach Heiligendamm, um den Herrschenden zu zeigen, dass die jetzige Form der Globalisierung weder Schicksal ist, noch hingenommen wird. Der von sozialen und ökologischen Regeln befreite Markt ist keinesfalls Instrument zur Lösung der Probleme – er ist das Problem.

Auf nach Heiligendamm!

schen den Ärmsten und Reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung hat sich weiter geöffnet. Gleichzeitig sind die Emissionen von 1990 bis 2005 um rund 20 Prozent weltweit gestiegen.

Häufig wird behauptet, diese Folgen der globalen Wirtschaftsarchitektur seien ein unentrinnbares Schicksal, dem die Politik alternativlos ausgeliefert sei. Dies zu akzeptieren hieße jedoch, am Verblendungszusammenhang mitzustricken. Die globale Entfesselung der Marktkräfte, die für den Zustand mitverantwortlich ist, wurde durch die Regeln von Welt-

denen sie sich jetzt angeblich beugen müssen, wenn Sozialstandards und -ausgaben gesenkt werden sollen.

Neben den inhaltlichen, gibt es aber auch formale Gründe, der G8 kritisch gegenüberzustehen. Denn die G8 sind ein Club, der jegliche demokratische Legitimation vermissen lässt. Er scheidet selber, was an die Öffentlichkeit gelangt und wer seine Anliegen artikulieren darf. Die mediale Inszenierung suggeriert, dass die Beschlüsse irgendeine Legitimation hätten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Mit ihren Entschei-

Furchtbarer Volkswirt

Der Bundespräsident traf Christian Klar. Das machte Eindruck. Vor allem auf die national-konservative Meute. Sie heulte auf. „Ihr“ Bundespräsident schien im Lager der Nachdenklichen, dafür hatten sie ihn nicht gewählt. Markus Söder – die Karriere fest im Blick – wurde deutlich. Eine Begnadigung Klars werde eine „schwere Hypothek“ für eine mögliche Wiederwahl.

Zwei Tage später war die Welt wieder in rechter Ordnung. Köhler begnadigte nicht. Und schuf damit zwei Legenden. Er sei vor den Rechts-Konservativen eingeknickt und diese Entscheidung sei erst in letzter Sekunde – angesichts der Reuelosigkeit von Klar – gefallen.

Beides ist falsch. Köhler war und ist Bestandteil einer Kampagne, deren Ziel es 30 Jahre nach der RAF ist, die Akzeptanz für die militante Politik der Regierung zu sichern, mehr noch, die Unabänderlichkeit der herrschenden Verhältnisse – bei Strafe des Verfaulens im Knast – autoritativ festzuschreiben.

Die Geste des Besuches war Kalkül, das allen Andersdenkenden zeigen sollte, dass in diesem Land nicht die Plebs, sondern nur der (usurpierte) Souverän selbst den Daumen hebt oder senkt. Dass nach Gnade zwar gefragt werden darf, sie aber nur bei bedingungsloser Unterwerfung gewährt wird.

Der ehemalige Verfassungsrichter Mahrenholz maß das Verhalten Köhlers völlig zu Recht daran, dass nationalsozialistische Täter – „vieltausendfache Judenmörder“ – ohne weiteres begnadigt worden seien. „Das war nie ein Problem, auch nicht im Blick auf die Angehörigen.“ Köhler selbst zeichnete im Verlaufe seiner Karriere als gelernter Volkswirt und schließlich als Chef des Internationalen Währungsfonds für zahlreiche ökonomische Zwangsmaßnahmen verantwortlich, die viel Leid über Menschen in aller Welt brachten. Wie Filibinger einst ein furchtbarer Jurist war, ist Köhler heute ein furchtbarer Volkswirt, ein furchtbarer Bundespräsident.

• ADI REIHER, UZ



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im April

Trotz Euphorie: Zahlen wie '98

Die Arbeitslosigkeit sank nach dem März auch im April – diesmal um 1579 auf 66 827 Betroffene. Das sind 10 286 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Viele kleinere Firmen meldeten nach Aussage des neuen Agenturleiters Steinherr „erstmalig seit langer Zeit“ Stellenangebote. Dringt man jedoch tiefer in die Statistik ein, wird deutlich, dass die seit Monaten von wirtschaftsfremden Kreisen entwickelte Euphorie unberechtigt ist. Denn obige Zahl entspricht fast genau dem Arbeitslosenniveau vom April 1998 und hatte seinerzeit heftige Proteste gegen Kanzler Kohl ausgelöst! Anders gesagt, die vergangenen neun Jahre waren am Arbeitsmarkt verlorene Jahre.

Die aktuelle Arbeitslosenquote für Leipzig liegt bei 17,0 Prozent, das damit weit abgeschlagen hinter Dresden (12,8%) und auch Chemnitz (14,5%) liegt. Dividiert man die Arbeitslosenzahl durch den Stellenbestand (6056) ergibt sich wie gehabt ein Verhältnis von 11:1. Legt man die Zahl der Arbeitssuchenden zu Grunde, die stets über 100 000 und derzeit bei 101 757 liegt, so kommen sogar 17 Arbeitssuchende auf eine angebotene Stelle.

Die höchsten Arbeitslosmeldungen je 100 Stellenzugänge von Januar bis April treffen den Bau mit 297.

Bis jetzt wurden 704 mehr Ausbildungsstellen gemeldet (2418) als im Vorjahr – aber es gibt 7491 Bewerber. Im gesamten

Freistaat existieren für knapp 36 000 Lehrstellensucher bisher nur 12 204 Plätze, was heftige Kritik des Chefs der Regionaldirektion Sachsen an der Wirtschaft auslöste. Sie agiere im 17. Jahr in Folge weit unter Bedarf gegen das Recht der Jugend auf Perspektive ...

Die Entwicklung in der ARGE, der Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen, gibt zu keinerlei Optimismus Anlass. Die Statistik belegt, dass dieser Teil der Erwerbslosen von der leichten Besserung abgekoppelt sind. Ihre Zahl stieg seit Juni im Leipziger Stadtgebiet sogar noch leicht auf 33 726 an.

Die Regionaldirektion Sachsen meldete 342 521 Arbeitslose, ein Minus von 14 184 zum März und ein Minus von 64 319 zum Vorjahr. Nach den Zählvorschriften der BRD sollten alle Hauptzahlen als „ohne Gewähr“ angesehen werden.

• JOACHIM SPITZNER

Streik-Chance vertan

IG Metall-Abschlüsse so sind so glänzend nicht

Ob der IG Metall-Tarifabschluss von 4,1 Prozent mehr Lohn (bei ursprünglich geforderten und angesichts der rapide wachsenden Profite der Branche bescheidenen 6,5 Prozent) wirklich ein Kompromiss „mit Augenmaß“ oder gar ein „großer Erfolg“ ist, wie einige Gewerkschaftsspitzen verlautbarten, darf bezweifelt werden. Schon allein deshalb, weil Bert Rürup, Chef des „Sachverständigenrates“ der Wirtschaft den Abschluss gleichfalls lobt, und zwar als „durchaus intelligent“. Mehr als 475 000 Metaller hatten bundesweit mit ihren Warnstreiks demonstriert, dass sie nach jahrelanger Zurückhaltung ihr Recht auf eine angemessene Lohnerhöhung erkämpfen wollen. Wenn allein schon diese Warnstreiks die Unternehmer bewegten, sehr schnell von ihrem „letzten Angebot“ (2,5 Prozent plus 0,5 „Konjunkturbonus“ minus „flexibles“ Weihnachtsgeld) zurückzutreten und 4,1 Prozent zuzusichern, zeigt sich, welche Möglichkeiten es gab, wenn ... ja, wenn man bei der IG Metall nur hätte richtig streiken wollen. IG-Metall-Chef Jürgen Peters nennt den Abschluss denn auch etwas realistischer einen „hart umkämpften Kompromiss“ mit nicht

nur Licht, sondern auch Schatten. Immerhin, der Angriff auf das Weihnachtsgeld wurde abgewehrt, der „Konjunkturzuschlag“ beträgt nun 0,7 Prozent. Aber schaut man genauer hin, zeigt sich, die Unternehmer haben ihr Ziel, „unter vier Prozent“ zu bleiben ja doch erreicht. Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, freut sich deshalb ungeniert in der FAZ, dass der Abschluss viel niedriger sei, als er aussehe. Da der Tarifvertrag auf 19 Monate angelegt ist, betrage der aufs Jahr gerechnete Anstieg unter Berücksichtigung der Einmalzahlung nur 3,25 Prozent. Also gerade die Hälfte der ursprünglichen IG Metall-Forderung. Und Einmalzahlungen oder ein sogenannter Konjunkturbonus sind auch nicht gerade dass, was Gewerkschafterherzen höher schlagen lassen darf, da sie nicht in die sogenannten Erhöhungsbestandteile der Tabelle eingehen. Was bedeutet, bei den nächsten Tarifverhandlungen werden diese Summen nicht für Lohnsteigerungen berücksichtigt. Keine guten Ausichten für eine einigermaßen gerechte Tarifpolitik. Wobei – siehe Telekom und Deutsche Post – der heiße Sommer beginnt ja gerade erst.

• MX

Bremen macht's vor

LN. 8,4 Prozent für die Linkspartei in Bremen, da kommt Freude auf und gehen die Pferde mit einem Parteivorsitzenden schon mal durch, also spricht Lothar Bisky von einem „sensationalen Erfolg“, von einem „historischen Sieg“. Gewiss.

Klaus-Rainer Rupp vom Bremer Landesvorstand versachlicht die Euphorie und macht gleichzeitig eine politische Vorgabe: „Wir haben gezeigt, dass es funktionieren kann, zwei widersprüchliche Parteien zusammenzubringen und die Widersprüchlichkeit nicht als Trennendes, sondern als Chance zu begreifen. Wir haben gezeigt, dass die neue Linke lebt und Wahlen gewinnen kann.“

Wahlgewinner und Spitzenkandidat Peter Erlanson hat konkrete Vorstellungen für seine „Aufbauarbeit“: Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Abwendung geplanter Privatisierungen, ein Sozialticket ...

Vor 50 Jahren – Gründung des Allgemeinen Deutschen Blindenverbandes

Geh hin zum Verband – die helfen Dir!

Geh hin zum Verband – die helfen Dir! Diesen guten Rat gab man schon 1957 Leuten, bei denen die Kunst der Augenärzte nicht mehr half. Das betrifft immerhin einige Tausend auch in Sachsen. Medizinische Rehabilitation ist die eine Seite, wie dann aber mit dem Alltag zurechtkommen, mit beruflichen Problemen, wenn man fast nichts oder gar nichts mehr sehen kann. Das kann der Betroffene nirgends besser erfahren als beim Blinden- und Sehbehindertenverband. Dort gibt es viele Angebote zum Erfahrungsaustausch. Für Blinde und auch für Neuerblindete finden regelmäßig Seminare statt: Wie kannst Du wieder lesen und schreiben? Wie bekommst Du deinen Haushalt in den Griff? Welche Hilfsmittel gibt es für Blinde und Sehbehinderte und wo? Wie kannst Du lernen, mit dem Computer umzugehen?

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war in den ostdeutschen Ländern die Gründung von Vereinen – auch von Behindertenvereinen – nicht zugelassen. Es gab Parteien und Organisationen, aber keine Vereine.

Viel Schwierigkeiten machte in den ersten Nachkriegsjahre u. a., dass Blindenschrift bis 1948 verboten war (da gab es eine entsprechende Weisung des Alliierten Kontrollrates). Diesem Umstand ist geschuldet, dass „Die Gegenwart – Zeitschrift für Blindenfragen“ in ihren ersten Jahrgängen, 1947 und 1948, nur in Schwarzschrift erschien.

Kompetenten Persönlichkeiten gelang es schließlich zwölf Jahre nach Kriegsende, die zuständigen staatlichen Organe von der Notwendigkeit der Gründung eines Gehörlosen- und eines Blindenverbandes zu überzeugen. Am 24. und 25. Mai 1957 konnte in Halle an der Saale der Allgemeine Deutsche Blindenverband der DDR gegründet werden. Verbandspräsident wurde der Kriegsblinde Dr. Helmut Pielasch. Allein gelassen waren die Blinden bis dahin im Osten aber nicht. Es gab schon ab 1945 – zuerst in Sachsen – Blindenausschüsse auf Kommunal-, Kreis- und Landesebene, später auf Bezirksebene.

Wie systematisch und nachhaltig Helmut Pielasch die Verbandsgründung betrieb, drückte sich auf dem Gründungskongress in einer Reihe offizieller Glückwunschschriften aus, eines kam von Otto Grotewohl persönlich, dem Ministerpräsidenten der DDR. Als er im Dezember 1950 die Chemnitzer Blindenanstalt besuchte, zeigte er sich von der Abteilung Stenotypistenausbildung fasziniert. „Den Besten bei der nächsten Berufsabschlussprüfung hole ich nach Berlin in mein Büro – wenn er will“. Grotewohl hielt Wort, und „der Beste“ wollte. Ich habe ihn (und seinen Führhund Bodo) im Sommer 1951 einmal in Berlin-Pankow im Wohngebiet der Regierung besucht.

Erste sozialpolitische Vergünstigungen

Was die ganz konkreten Lebensbedingungen der Blinden in der DDR betraf, hatte der zweite Arbeitsausschuss für Blindenfragen vor der Verbandsgründung eine fruchtbare Arbeit geleistet. Ab 1956 vor allem sind sozialpolitische Verordnungen und Beschlüsse wirksam geworden, über die wir uns damals außerordentlich gefreut haben. Zum Beispiel ist berufstätigen Blinden ein Zusatzurlaub

von jährlich sechs Tagen zugesprochen worden. Blinde Arbeitslose gab es damals nicht! 1956 wurden blinde Berufstätige und ehrenamtlich aktive Blinde von der Zahlung der Grundgebühr ihres Telefonanschlusses befreit. Schon 1955 fiel im Ministerium für Kultur, dem die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig (DZB) unterstellt war, die für alle Punkt-schriftleser in guter Erinnerung gebliebene Entscheidung, der zufolge die Preise für Blindenschriftbücher im Buchhandel angepasst wurden. Vergleichen wir Blinden-Bücherpreise von 1956 und heute: Wenn wir für Friedrich Schillers *Wallenstein* 2,40 Mark bezahlten, so kostet das Buch heute laut DZB-Preisliste 40,90 Euro; für Anna Seghers *Das siebte Kreuz* zahlten wir 2,85 Mark, heute 53,39 Euro ... Ab 1956 erhielt jeder Blinde eine Taschenuhr kostenlos. Wollte sich ein Berufstätiger oder Student eine Blindenarmbanduhr kaufen, dann bekam er 50 DM von der Sozialversicherung dazu. Zeitweilig existierten vor 50 Jahren schon sieben Blindenerholungsheime in der DDR, u. a. in Boltenhagen, Wernigerode, Georgenthal. Unabhängig vom Jahresurlaub konnten berufstätige Blinde alle zwei Jahre in einem dieser Heime eine von der Sozialversicherung finanzierte prophylaktische dreiwöchige Kur beantragen und meistens auch antreten. Auch für die Begleitperson wurden die Kosten übernommen.

Blindengeld als Nachteilsausgleich hatten wir bei der Verbandsgründung noch nicht, aber das würde schon noch kommen. Es kam 1959 – 120 Mark im Monat.

Dennoch, der Alltag war nicht leicht

Trotz allem haben wir ja nicht gerade in einem Blindenparadies gelebt. Das größte Übel war der Mangel. Auch Blindenhilfsmittel wurden kontingentiert. Und kaputtgehen durfte nichts. Wer eine Gasheizung oder einen Nachtspeicherofen hatte (Nachstrom kostete 4 Pfennige je kWh), der wohnte privilegiert. In den mei-



Fotos: Reinhard Liebich

Dr. Werner Uhlig mit seiner Assistentin Irmgard Al-Neimat von der Bürgerstiftung „Wir in Sachsen“ bei schriftlicher Arbeit. Der im Kindesalter Erblindete war bis 1990 Wirtschaftswissenschaftler an der Karl-Marx-Universität Leipzig (KMU) und ist Autor des vorliegenden Rückblickes, den wir aus Platzgründen nur auszugsweise veröffentlichen können. Der komplette Text steht demnächst im Internet unter www.bsv-sachsen.de und unter www.liebichs.de/blinde

sten Wohnungen galt es, Kohlen zu schleppen. Eigentlich muss man sich wundern, dass allein lebende Blinde keine Häuser angezündet haben. Jedenfalls habe ich nichts davon gehört. Wohnungen mit Zentralheizung standen uns in größerem Maßstab ab den 70-er Jahren mit dem Wohnungsbauprogramm der DDR zur Verfügung. Blinde sind bei der Vergabe solcher Wohnungen bevorzugt worden. In Leipzig betraf das vor allem den Stadtteil Grünau. Da gab es die modernsten Wohnungen. Heute resultieren daraus Probleme. Wegen der relativ niedrigen Mietpreise werden Sozialhilfeempfänger vom Sozialamt in die Plattenbaugelände „gelenkt“. Alkoholismus und Kriminalität beeinträchtigen inzwischen das Wohnumfeld. Und wie nun seit Jahren dort die Häuser blockweise wieder abgerissen werden und mit den Kunden auch die Geschäfte verschwinden, müssen auch Blinde wieder ausziehen und sich anderswo eine Wohnung suchen. Ich weiß, was das bedeutet und wovon ich spreche, dann ich bin auch einer dieser Umzügler aus Leipzig-Grünau.

Verbandsleben mit Kultur und Sport

Zu den Höhepunkten im Verbandsleben zählten unvergessliche Kulturveranstaltungen und Sportwettkämpfe. Nicht nur, dass es beinahe selbstverständlich war, ins Theater und in die Oper zu gehen – in Großstädten wie Leipzig oder Dresden hatte der Verband für seine Mitglieder vorteilhafte Anrechtsverträge mit den städtischen Bühnen abgeschlossen und

nur „Kulturbausen“ nahmen keine Theaterkarten – es kamen auch große Künstler und sogar Weltmeister in unsere Mitgliederveranstaltungen. Als Thomaskantor Hans-Joachim Rotzsch mit einem Teil des Thomanerchores für Leipziger Blinde im Jugendklubhaus „Erich Zeigner“ auftrat oder Täve Schur uns in einem Saal der Kongresshalle von der Friedensfahrt erzählte, sind das Erlebnisse gewesen, an die man gern zurückdenkt. Am schönsten war aber wohl, dass sich unter uns Blinden und Sehschwachen selbst eine beachtliche Anzahl von Sängern und Musikanten zu Chören und Instrumentalgruppen zusammenfanden, die anderen und sich selber zur Freude unsere Verbandsveranstaltungen bereicherten. Das Kulturensemble des Blinden- und Sehschwachenverbandes der DDR nahm erfolgreich an den Arbeiterfestspielen teil, das Mädchenterzett und das Flötenquartett aus Karl-Marx-Stadt haben in Rundfunksendungen mitgewirkt. In Leipzig hatten wir einen Frau-enchor, eine Tanzkapelle und die landesweit beliebte Folkloregruppe „Porlamondo“ („Für die Welt“). Natürlich gab es auch Kegler, Skat- und Schachspieler. Richtig heftige Wettkämpfe lieferten sich Klingel-Rollballmannschaften – heute heißt das Goalball. Die Hochburg des Blindensports war Karl-Marx-Stadt. Wir blinden Schwimmer von Chemie Leipzig mussten uns aber auch nicht verstecken. In den besten Zeiten haben wir viermal in der Woche trainiert, davon zweimal auf der 50-Meter-Bahn im Schwimmstadion. Dreimal sind wir bei Schwimmwettkämpfen „im Westen“ dabei gewesen – in Westberlin, in Lüdenscheid und in Konstanz.

Im Jahre 1982 wurde auf einem Kolloquium „Urbane Ökologie“ an der Karl-Marx-Universität vorgeschlagen, in Leipzig einen Blindenpark zu schaffen. So etwas gab es damals in der DDR noch nicht. Universität, Grünflächenamt, Deutsche Zentralbücherei für Blinde sowie der Blinden- und Sehschwachenverband arbeiteten zielstrebig Hand in Hand für dieses Projekt, und 1986 konnte der Blindenpark im Rosental eröffnet werden. Leider ist diese Anlage in den 90er Jahren wiederholt sinnlos zerstört worden. Wir haben daraufhin aber um einen neuen Blindengarten gekämpft. Wiederum mit Hilfe der Stadt ist er nun fünf Jahre nach dem Stadtratsbeschluss als Duft- und Tastgarten im Friedenspark, direkt gegenüber dem Apothekergarten, entstanden und wird am 6. Juni auch dem Blindenverband, passend zu dessen Gründungsjubiläum, feierlich übergeben.

• WERNER UHLIG

Persönliche Anerkennungsurkunden – aber keine zentrale 50-Jahr-Feier

Gerhard Mathow, der 1957 als erster zum Vorsitzenden des Leipziger ADBV-Kreisverbandes gewählt worden war, erhielt auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Leipziger Blindenverbandes am 14. April eine der 12 speziellen Braille-Urkunden, die an diejenigen überreicht wurden, die seit 50 Jahren Verbandsmitglied sind. So wie auch Dr. Werner Uhlig, dem der Vorstand zwar unter anderem für seine langjährigen Engagements in Sachen Blindenpark, als Chronist und als Blindenschrift-Lehrer dankte, nicht aber u. a. für den Bezirks-

vorstands-Vorsitz des DDR-Blindenverbandes.

In der Diskussion als unbefriedigend genannt wurde beispielsweise die fehlende Bereitschaft Leipzigs, ihren elektronischen Stadtführer (City Guide) blindengerecht anzubieten. Kritisiert wurde ebenfalls, dass die LVB sich weigern, ein in Prag und Dresden bewährtes akustisches Haltestellen-Info-System einzurichten. INTEGRATION bleibt in Leipzig vorerst also zumindest ein Reizwort.

• R. L.



Gerhard Mathow

Unerwünschte Nachtvögel

Linkspartei.PDS fordert Aufklärung

Offensichtlich sind es nicht nur eilige DHL-Pakete mit zivilen Inhalt, für die der Flughafen Leipzig/Halle rund um die Uhr betrieben werden soll. Besorgte Anwohner des Flughafens, die sich in den letzten Wochen mit den öffentlich ausgelegten Gutachten zum Nachtflugbetrieb vertraut machen, konnten in verblüffender Offenheit nachlesen, dass die 24-Stunden-Öffnung des Airports dringend gebraucht wird für Flüge zur Unterstützung von Militär-Operationen. Für die „jederzeitige Abrufbarkeit“ der Maschinen zur „Verlagerung schneller Eingreiftruppen“ ist die 24-Stunden-Erlaubnis unverzichtbar, steht in einem der vom Flughafen in Auftrag gegebenen Gutachten. Damit kommt die bittere Wahrheit scheinbar auf den Tisch, vor der Gegner eines immer stärkeren militärischen Missbrauchs des Flughafens Leipzig/Halle seit Langem eindringlich warnen. 2198 Bürger, Gemeinden und Initiativen, die mit Hinweisen und Bedenken die Anhörungsfrist im Planergänzungsverfahren für die Südbahn des Flughafens nutzen,

wie am 7. Mai das Regierungspräsidium Leipzig mitteilte, geben einen deutlichen Hinweis darauf, was die Menschen hier wirklich umtreibt. Offensichtlich haben alle, die sich im Anhörungsverfahren zu Wort meldeten, erkannt, wo die Gefahren lauern. Sonst könnte es nicht sein, dass unter den Gründen, die gegen einen weiteren Nachtflugverkehr genannt wurden, laut Regierungspräsidium bereits an dritter Stelle die Sorge vor terroristischen Anschlägen rangiert. Wer solche Anschläge fürchtet, denkt bestimmt nicht an den Expressgut-Versender DHL als mögliche Zielscheibe, dagegen an die bereits nicht mehr schleichende, sondern stürmische Militarisierung des Flughafens.

Was vor vierzehn Monaten mit der Stationierung riesiger Antonow-Kampffronttransporter begann, inzwischen auf den Gewöhnungseffekt für Transitflüge amerikanischer Militärangehöriger zwischen den USA und dem immer tiefer im Chaos versinkenden Irak setzt, im April bereits Übungsflüge von NATO-Überwachungsflyzeugen AWACS brach-

te, findet wahrscheinlich auch mit Übungen der Flughafenfeuerwehr als Vorbereitung für notgelandete Tornados noch kein Ende. Es ist höchste Zeit, die Verbindungslinie zwischen dem Beharren des Flughafens auf seiner 24-Stunden-Erlaubnis, wofür Gutachter nicht zuletzt militärische Erfordernisse vorbringen, und den Befürchtungen vieler Menschen zu ziehen, denen die militärischen Flüge unheimlich vorkommen. Es handelt sich ja wohlgerne um militärische Flugbewegungen auf einem Verkehrsflughafen, an dem der Freistaat Sachsen maßgebliche Anteile hält.

Die Riesenzahl von Wortmeldungen im Anhörungsverfahren hat mich jedenfalls bestärkt, nun mit einer Kleinen Anfrage im Landtag von der Staatsregierung genauere Auskunft zu fordern, was da eigentlich gespielt wird mit den vielen mysteriösen Vögeln, die ab Leipzig/Halle zu verdächtigen, keineswegs jedoch zivilen Sonnenzielen unterwegs sind.

• VOLKER KÜLOW



Der Kongress tanzt..

... hier zwar noch nicht, aber künftig soll Leipzigs bekanntester Kongress-Halle (hier eine historische Ansicht) wieder Leben eingehaucht werden. Ende September zur vorigen Jahrhundertwende begann deren Leben, um 90 Jahre später in einen Dornröschenschlaf zu versinken. Die Rathausherren hatten zwar immer ein Augenmerk drauf, dass keine Hecke den imposanten Bau umwucherte, aber mehr als Notreparaturen waren nicht drin. Während der Zoo, dank „Elefant, Tiger und Co“ immer mehr Besucher anzog, konnten einem beim attraktiven Vorbau die Tränen kommen. Dort hatten schon Weltstars gesungen, Sinfonieorchester gespielt und raunte Günter Mittag die DDR-Generaldirektoren beim alljährlichen Messe-Wirtschaftskongress an.

Das große Orsta-Fabrik-Gebäude nebenan wurde schon lange samt Arbeitsplätzen „gestürzt“. Und es gab schon Wetten, wann die Kongresshalle „alle“ ist. Jetzt gibt es Rettung, sprich ein Konzept, dem die Stadtoberen ihre Sympathie schwer versagen können. Es bietet uns künftig einen ersten bescheidenen Mix zwischen Kultur und Gesellschaft, der dort schon immer herrschte. Also, man sieht sich bald in der Kongresshalle ...

Das hofft

Euer
Lipsius



Hass und Rassismus aufs Ohr

Bielefelder Ausstellung zur Zeit im Kino CINEDING

Wer erinnert sich noch an jenes Geschehen, als am 11. Oktober 1992 die Kellnerin Waltraut Scheffler im sächsischen Geringswalde durch rechtsradikale Skinheads schwer verletzt wurde? Die junge Frau wollte einen Streit in ihrem Lokal slichten und wurde so zusammengeschlagen, dass sie Tage später im Krankenhaus verstarb.

Kein Einzelfall, wie eine deutschlandweite Übersicht jetzt im Kino CINEDING

zeigt. Bis zum Jahr 2000 registrierten die Bielefelder Ausstellungsmacher in diesem Land 83 solcher Brutalitäten mit Todesfolgen. Alle mit unzweifelhaftem rechtsradikalem Hintergrund.

Dieser Todesatlas ist nur ein Teil der umfangreichen Dokumentation, die Studenten der Universität Bielefeld gemeinsam mit Schülern zusammengetragen. Die jungen engagierten Leute beschäftigen besonders Fragen nach Zusammenhängen zwischen der Musik der extremen Rechten und deren politische Motivationen, die sogar lebensbedrohliche Folgen in Kauf nehmen. Diese Ausstellung erregt Aufsehen



Diskussion im Saal des Kino CINEDING. Vielgefragter Ansprechpartner: der Bielefelder Student Thomas Wydler. (Zweiter von rechts) Foto: Helmut Ulrich

und reizt ihre Gegner offenbar zur Zerstörung. Auch beim „Courage Konzert 2007“, wo einige Übersichten auf Wunsch der Veranstalter vorab gezeigt wurden, gingen zehn Tafeln zu Bruch.

Thomas Wydler, Student der Uni Bielefeld, stellte sich jetzt in Leipzig den Fragen interessierter Besucher.

Die Exposition ist zu verstehen als „Anreizgeber zum Einlesen und zur Weiterbeschäftigung mit einem komplizierten Thema.“ In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass besonders auch Eltern sehr interessiert auf die Exponate zugehen, um nicht mehr ganz so hilflos dazustehen, wenn

ihnen die Musik ihrer Kinder oder die vor dem Schulhof erworbene CD nicht nur spanisch, sondern faschistoid vorkommen. Nicht Weg- sondern Hinhören, fordert der Student.

In der Diskussion wurde auch auf die scheinbar simplen Ideen hingewiesen, die, mit den entsprechenden Rhythmen, den 12- und 13-Jährigen ins Ohr geträufelt werden: „Ihr seid WER ... Ihr braucht dafür nicht viel zu tun.“ In der Diskussion kam auch der

Punkt zur Sprache, dass hierzulande schon lange eine schlechende Kultivierung des Rechtsextremismus vorangetrieben wird. Mitunter bis in die Mitte der Gesellschaft. Toleranz in dieser Hinsicht wird fatale Folgen haben, das beweisen nicht zuletzt die dokumentierten Todesfälle.

Bis Ende Mai macht „Rechts-Rock“ voraussichtlich in Leipzig Station. Eine Verlängerung wurde bereits in Auge gefasst. Wenn Lehrer den Wunsch haben, die Exponate während des Unterrichts mit ihren Schülern zu diskutieren, dann öffnet das CINEDING auch gern mal tagsüber die Türen.

• MIZO

Weiter in der Diskussion: Wiedebach- oder Herder-Schule?

LN berichtete in Ausgabe 9'07 über diesen Streitfall, für es den im Moment nicht die besten Zensuren gibt.

Da werden auch schon mal Briefe zwischen Schule und Rathaus, sprich zwischen Schülern und Stadträten ausgetragenen und beantwortet. Wir zitieren mit Genehmigung des Absenders aus seinem Brief: (...)

Wie nur Wenige hat sich Herder nicht nur dafür eingesetzt, dass die Deutschen zueinander finden, sondern durch sein Werk wie die Sammlung „Die Sprache der Völker in Liedern“ auch die Menschen über Grenzen hinweg zueinander geführt und befördert, dass sie sich finden und respektieren. (...) In vielen Ländern verbinden Menschen Deutschland nicht nur mit Goethe, Schiller oder Bach, sondern auch mit Herder.

Ohne die persönliche Größe Apollonia von Wiedebachs herabzuwürdigen, ist dennoch ihre historische Leistung mit der Herders auf keinen Fall vergleichbar. Die Bekanntheit hat selbst in Leipzig Grenzen, wo bisher kaum jemand mit dem Namen Wiedebach etwas anzufangen wusste.

PISA und zuletzt die UN haben dem kleinstaatlichen deutschen Schulsystemen nicht nur das Prädikat „Mittelalter“ erteilt, sondern attestiert, dass sogar gegen elementare Menschenrechte durch soziale Benachteiligung verstoßen wird. (...) Leipzig strebt danach, wieder eine Stadt von internationaler Bedeutung zu sein. Ein Ablegen des Namens Herder würde dem widersprechen.

Nach genauer Abwägung von Für und Wider habe ich für mich entschieden, vor allem auch mit dem Blick auf künftige Schülergenerationen, einer Umbenennung der Herder-Schule in Apollonia von Wiedebach-Schule im Stadtrat nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

SIEGFRIED SCHLEGEL

„MAI“NUNG

Demos, Dimensionen, Diskurse und Daten



Eine neue **Dimension** ist erreicht: Erstmals sind die Organisatoren und Ordner der offiziellen Mai-Demonstration der Gewerkschaft IG Metall von der Polizei des Freistaates namentlich erfasst worden. Sie mussten kurz vor Beginn der Demonstration vom Connewitzer Kreuz in die Innenstadt ihre Personalausweise dem Einsatzleiter zur Überprüfung aushändigen. Name und Geburtsdatum wurden erfasst. Darüber hinaus wurde in jedem Einzelfall überprüft, „ob gegen die Person etwas vorliegt“. Betroffen von dieser Datensammelwut waren haupt- und ehrenamtliche Funktionäre der IG Metall, GEW und der Gewerkschaftsjugend. Das Versammlungsgesetz kennt aber diese Pflicht der namentlichen Erfassung nicht. Ist das schon der Schäuble'sche Generalverdacht, unter den jeder Andersdenkende gestellt wird? Die IG Metall Leipzig legte umgehend Beschwerde beim Polizeipräsidium ein.



Im **Diskurs** Wilhelm Müller aus Rackwitz. Ein kräftiges Contra gegen offizielles Leipziger Maipalaver von Sachsens Minister Jurk.(s.o)
Historische **Daten**: 1.Mai 2007 geballter Zorn vor bewußter Zerstörung (s.u.)



Unvergesslich die gemeinsame **Demonstration** der Moorsoldaten beim Courage-Konzert unweit des Völkerschlachtdenkmal am Mai-Vorabend 2007. Liedermacher Hannes Wader (links) und Widerstandskämpfer Professor Hans Lauter intonierten das weltbekannte Lied. Es entstand im Konzentrationslager Papenburg im Emsländer Börgermoor anlässlich einer kabarettistisch-künstlerischen Veranstaltung durch Lagerinsassen. Der Ruhrkumpel Esser schrieb die Verse im Lager, die von Rudi Goguel für vierstimmigen Männerchor komponiert wurden.



Junge Leute unterschreiben während des „Courage Konzertes“ einen Gesetzesantrag für eine antifaschistische Klausel.



Die **Demonstration** der Initiativgruppe im Wurzener Netzwerk für Demokratische Kultur zählte am ersten Maiwochenende mehr Teilnehmer als sonst. Alle folgten den historischen Spuren, auf denen die Nazis 1945 Zwangsarbeiter in Richtung Osten trieben. Schirmherr Peter Sodann machte mit einem Brecht-Zitat aber deutlich, wo er Lücken in der heute gelebten Demokratie sieht: „Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.' Über diese Gesetzmäßigkeit, wird im Bundestag wenig gesprochen"...
Er nahm auch die Kritik an Gerhard Geys Gesprächen mit der NPD auf. „Um etwas zu ändern und kämpfen zu können, müssen wir mit diesen jungen Leuten reden“, so Sodann. Klare Position beziehen, nicht wegschauen, sich bekennen, sei dringend nötig. Was das klare Bekenntnis angeht, gab Peter Sodann selbst eins ab: Er habe nichts dagegen, weiterhin die Schirmherrschaft des Gedenkmarshes zu übernehmen.

Fotos:Fiebelkorn, Eiltzer, Märker



Aktenhilfe in Sachsen – Herausforderungen und Perspektiven“ stand neulich im Landtag auf der Tagesordnung. Ein längst überfälliges Thema ... welches übrigens rein zufällig am selben Tag debattiert wurde, als Landtagspräsident Erich Iltgen (66 Jahre, seit 16 Jahren im Amt) verbal wie medial heftig unter Beschuss geraten war.

Und das kam so: Im Landtag war um den gesetzfesten Umgang mit so genannten Einwanderern gestritten worden. Nur wird jedem, der sich auch nur halbwegs auf dem Schlachtfeld der polemisch-politischen Auseinandersetzung auskennt, bei dem Thema sofort klar sein, dass die Einheizer vom rechten Parlamentsrand genau hier heftig hinstellen und trotz nur 2,9 Prozent Ausländer in Sachsen die gesamte Klaviatur rassistischer Ausfälle rauf und runter spielen würden. Und genauso war es dann auch. Unter dem „Schutzschild“

Fallobst und Schokolade



Dresdner Bäbe

Hauptstadtbetrachtungen
von G. Hupf

der Indemnität – der Straffreiheit des Abgeordneten bezüglich seiner Äußerungen im Parlament – kläffte NPD-Fraktionschef Apfel seinen Hass auf alles Nichtdeutsche heraus und missbrauchte dabei die „verarmten deutschen Rentner, die in Mülltonnen nach Pfandflaschen angeln“ und sprach von „daher stolzierenden, staatsalimentierten orientalischen Großfamilien oder arroganten Wohlstands-Negern“. Und weil er grad so schön dabei war, beschied der selbsternann-

te Retter des deutschen Volkes der Bundesregierung gleich noch, ein Haufen „schwarz-rot-gelb-grüner Volksabwickler“ zu sein, der angetreten sei, „entwurzelte Massen ethnokultureller Kastraten“ zu (er)schaffen. Bei Apfels Brandrede konnte man so manchen Abgeordneten empört nach Luft schnappen sehen und es kam teils sogar Bewegung in die (Stuhl-)Reihen. Nur einen erreichte das alles irgendwie überhaupt nicht: Reglos starrte Landtagspräsident

Iltgen dem Rechtsaußen ins Gesicht und machte – nichts. Kein Glöckchen erklang, keine Mahnung zur Mäßigung erging. Erst nachdem Sachsens Ausländerbeauftragte vom Rednerpult aus emotional nicht nur in Richtung Apfel biss, räumte der Oberste Hausherr ein, den durchs Mikrobrüllenden Apfel schlichtweg nicht verstanden zu haben ...

Mit Verlaub, da ist wohl mehr nicht verstanden worden als nur das schnöde Wort, denn es war beileibe nicht das erste Mal, dass der Herr Präsident den braunen Block nicht in die Schranken wies und sich erst nach dem Protest der Fraktionen hinreißen ließ, zu handeln. Im konkreten Fall erteilte der kleine Herr mit dem weißen Haar dem Hetzredner erst Stunden später einen formalen Ordnungsruf. Zu spät. Vor allem auch für die in der Mehrzahl jugendlichen Besucher besagter Landtagssitzung, die hier ei-

gentlich hätten lernen sollten, wie Demokratie funktioniert.

So. Und wie kriege ich jetzt einen stilvollen Übergang von NPD und Ausscheidungen zum Naschen hin? Die FDP-Landtagsfraktion nämlich erklärte in derselben Sitzung, dass wir Bambini-Feuerwehren bräuchten. Bambini sind Kinder, Bambina ist Vollmilch plus Karamell plus Haselnuss und wurde in der DDR erfunden. Bambini mögen Bambina, die Landtagsmehrheit mochte die FDP-Idee aber nicht und lehnte sie ab. Warum? Erstens, weil es das alles schon gibt und Grundschulkindern nach Sachsens „Blaulichtgesetz“ schon heute bei der Jugendfeuerwehr mitmachen können, und zweitens, weil da eben mehr dazu gehört als nur der gute Wille: nämlich Geld, Zeit und Personal. Und das tatsächlich vorhandene Feuerwehr-Nachwuchsproblem löst man damit leider eben auch nicht.

LN: Prof. Porsch, Sie haben eine Halbzeit-Bilanz der Arbeit der Koalition gezogen – die fällt wohl etwas anders aus als das Fazit, das die Regierenden selbst gezogen haben?

Prof. Porsch: Unsere Abrechnung mit dem Kabinett Milbradt ist im Grunde eine Ersatzvornahme, da sich die Koalitionspartner als unfähig erwiesen haben, überhaupt gemeinsam Bilanz zu ziehen. Daran sieht man schon, dass es sich eigentlich überhaupt nicht um eine Koalition handelt, denn das Wort heißt vom Ursprung her „das Zusammenwachsen“, „das sich Vereinigen“. Nichts davon ist zu bemerken.

Wie wirkt sich das praktisch aus?

Sachsen wird ein modernes Hochschulgesetz vorenthalten, weil es zwar diskutabile Gesetzentwürfe von Linksfraktion und Grünen gibt, CDU und SPD aber zusammen nichts zustande bringen. Ein „Sächsisches Bündnis für Arbeit“ scheitert daran, dass sich die so genannte Koalition nicht auf einen Geschäftsführer einigen kann. Die Gemeinschaftsschule bleibt eher frommer Wunsch als ein Aufbruch in ein zukunftsweisendes Schulsystem. Sachsen ist ostdeutsches Schluss-

Sachsen braucht gestaltende Opposition

LN-Interview mit Linksfraktionschef Peter Porsch zur Halbzeit-Bilanz der sächsischen Landtags-Koalition

licht bei der Krippenbetreuung. Nicht zu vergessen der Grabenkrieg zwischen CDU- und SPD-geführten Ministerien um die Waldschlösschenbrücke und das Weltkulturerbe Dresdner Elbtal. Und das sind nur die aktuellen Beispiele ...

Sie haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, das Kabinett Milbradt möge zurücktreten und einer Minderheitsregierung Platz machen. Wie soll das funktionieren?

Diese „Koalition“ war von Anfang an die Notgemeinschaft von Wahlverlierern, die uns allen weis machen wollten, das Wahlergebnis lasse keine andere Lösung zu. Ich habe das für falsch gehalten und wiederholt eine sachorientierte Mehrheitsuche im Parlament vorgeschlagen, wie sie sich auch bei der Wahl der Verfassungsrichter bewährt hat. Milbradt

bekanntes mehrfach, dieses Regierungsbündnis sei die Fortsetzung von CDU-Politik mit anderen Mitteln. Das bedeutet, die CDU hat dank der in Koalitionsdisziplin gefangenen SPD faktisch immer noch die absolute Mehrheit, die ihr 2004 die Wähler klar entzogen haben.

Statt einer Regierung, wo sich entweder die CDU durchsetzt oder die Partner blockieren, hätte ich lieber eine Regierung, die nach Mehrheiten suchen und daher mit den anderen Demokraten ernsthaft diskutieren und verhandeln muss. Im Übrigen will ich mich nicht damit abfinden, dass für alle Zeiten fast 100 Prozent unserer Anträge abgelehnt werden, sondern werbe für Konstellationen, in denen unsere Ideen mehr Chancen haben.

Wäre es nicht konsequenter, die Auflösung des Landtags und Neuwah-

len zu fordern?

Abgesehen davon, dass die dafür nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament nicht in Sicht ist, werden uns Neuwahlen nicht erlösen: CDU und SPD können nicht miteinander regieren, CDU und PDS wollen es nicht, die sächsische FDP gilt vielen in der CDU als zu unberechenbar, und ein Dreierbündnis CDU/FDP/Grüne fällt ganz aus. Eine Links-Regierung unter Führung der PDS würde selbst, wenn es dafür arithmetisch reicht, an der SPD scheitern. Eine Rückkehr zur absoluten CDU-Mehrheit wäre ein Schaden fürs Land und ist glücklicherweise unwahrscheinlich.

Ich bin dafür, die unergründliche Weisheit des Wählerwillens in intelligentes politisches Handeln zu übersetzen, das die eingefahrenen Gleise verlässt. Koalitionen und Tolerieren sind ausprobiert und an ihre Grenzen gestoßen. Mein Vorschlag anlässlich der Halbzeit-Bilanz ist die praktische Anwendung unseres Leitprinzips der gestaltenden Opposition, das bereits alternative Haushaltsansätze und ein Alternatives Landesentwicklungskonzept für Sachsen (Aleksa.) hervorgebracht hat. Dabei sollten wir nicht stehen bleiben.

2. Mai

Dresden. Wegen der Klagenflut zu Hartz IV laufen Besetzungsverfahren für 15 neue Richterstellen an den drei Sozialgerichten in Chemnitz, Leipzig und Dresden, die in den Vorjahren schon von 52 auf 73 aufgestockt wurden. Mehr als 6100 der im Vorjahr eingereichten Verfahren sind noch nicht erledigt.

Dresden. Umweltminister Tillich (CDU) will Schüler stärker zum Sammeln von Altpapier heranziehen und an den Schulen Container aufstellen lassen. Die Schulen könnten das Geld, das die Schüler für das Papier bekommen, für Klassenfahrten oder den Spielplatzbau verwenden. So neu ist die Idee nicht.

3. Mai

Leipzig. Die Stadtverwaltung verschiebt das Anbringen der Glasfassade am neuen Bildermuseum und riskiert damit Witterungsschäden an der Betonhülle, was zusätzliche Kosten bedeutet.

5. Mai

Leipzig. In der Justizvollzugsanstalt Leipzig-Dösen sitzen in diesem Jahr bereits 34

SACHSEN-CHRONIK

(vom 2. Mai bis 15. Mai)

notorische Schulschwänzer eine Arreststrafe ab. Im Vorjahr erlebten 140 Schüler diese Abschreckungsmaßnahme.

Dresden. Das Ermittlungsverfahren gegen die Offizierschule der Bundeswehr in Dresden wegen des Aufhängens einer Hakenkreuz- und einer Reichskriegsflagge zu „Schulungszwecken“ ist eingestellt, teilt ein Sprecher Staatsanwaltschaft mit.

6. Mai

Leipzig. Die Handballerinnen vom HCL verlieren 29:32 gegen Leverkusen und verpassen damit dem Einzug ins Finale um die deutschen Meisterschaften.

7. Mai

Radebeul. Die Ost-Haselnusscreme Nudossi kann weiter produziert werden. Das seit zwei Jahren insolvente Unternehmen fand einen Geldgeber. Von 85

Mitarbeitern sind noch 45 beschäftigt.

8. Mai

Chemnitz. Am 62. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus wird das Denkmal für die Soldaten der Roten Armee geschändet.

Zwickau. Als Provokation wertet das Zwickauer Bündnis für Demokratie und Toleranz die Eröffnung des Landtagsbüros des NPD-Nachrückers Peter Klose ausgerechnet am Tag der Befreiung. Vermietet hat ihm die zwei Räume Gertrud Höhler, Ex-Beraterin von Kanzler Kohl.

12. Mai

Kamenz. Laut statistischem Landesamt sank die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren seit 1996 um 174300 auf 386 500. Von den Eltern der Kinder waren 2006 nur noch 58 Prozent verheiratet.

1996 machten die klassischen Ehepaare noch 74 Prozent aus.

Leipzig. Die Choreografin Irina Pauls kehrt nach Leipzig zurück und übernimmt im November 2007 die künstlerische Leitung des von ihr 1990 gegründeten Tanztheaters.

Dresden. In Sachsen und Thüringen nimmt die Zahl der Funde von verbotener Nahkampf- und Wurfaffen zu, die bei Razzien sichergestellt werden.

14. Mai

Dessau. Gebäude und Mahnmale, auch die Gedenk-Stele der jüdischen Gemeinde, wurden mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

15. Mai

Görlitz. Die erste ostdeutsche Discount-Apotheke DocMorris ist in der Görlitzer Straßburg-Passage eröffnet.

Leipzig. 22 Unternehmen bekunden ihr Interesse an den zum Verkauf ausgeschriebenen 49,9 Prozent der Leipziger Stadtwerke, neben Vattenfall u.a. auch die beiden in Leipzig ansässigen Sachsen LB und Verbundnetz Gas AG.



Klaus Bartl ist Rechtsanwalt und Verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag

Im Vorfeld des G-8-Gipfels warnen Bürgerrechtsverbände und Globalisierungsgegner vor massiven Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte. Inwiefern ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstrationen in der Bundesrepublik bereits zur Farce verkommen?

Klaus Bartl: Was im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel an Sicherheitsmaßnahmen angekündigt und beim Bush-Besuch in Stralsund im vergangenen Jahr bereits erprobt wurde, ist schlechthin synonym für den Verfall der guten Sitten in puncto Respekt vor den Grund- und demokratischen Statusrechten der Bürger.

Es ist ein Skandal, wenn im Vorfeld eines derart umstrittenen politischen Großereignisses wie dem G-8-Gipfel Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, als gelte es, einen mittleren Bürgerkrieg zu verhindern. Wenn eigens zum Zwecke der Abschirmung der G-8-Repräsentanten vor den Pro-

„Gefahr von Polizeiübergriffen ist groß“

Innenexperte der Linkspartei übt scharfe Kritik an Sicherheitsgesetzgebung und geißelt die Zustimmung seiner Parteifreunde in Mecklenburg-Vorpommern.

Ein Gespräch mit KLAUS BARTL

testen der Bürger Soldaten der Bundeswehr zusammengezogen werden und zum Einsatz kommen, ist dies für mich ein eklatanter Bruch der Verfassung, weil der Einsatz der Bundeswehr im Inneren verfassungsrechtlich nicht zulässig ist. Auch wenn es Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und seine politischen Gesinnungsgenossen gern anders hätten.

Wie ist es um die Demokratie bestellt, wenn sich die politischen Entscheidungsträger hinter Armeen von Polizisten und Soldaten und einem kilometerlangen Zaun verschanzen?

Das ist doch das Dilemma. Wenn die Parteien und Fraktionen im Bundestag oder in den Länderparlamenten derartiges Herangehen aktiv mittragen oder auch nur tolerieren, ist offenkundig jede Bereitschaft verlorengegangen, die originären Besitzstände der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung zu respektieren und zu schützen.

Schon jetzt zeichnet sich eine aggressive Repressionsstrategie der Behörden gegenüber den Demonstranten ab.

Befürchten Sie, daß es ähnlich wie beim G8-Gipfel 2001 in Genua zu brutalen Gewaltorgien durch die sogenannten

Ordnungshüter kommt?

Die Gefahr ist latent und groß. Es ist doch nur natürlich, dass sich die Grundeinstellung der Ministerialen und Generalität, die derartig pervertierte Sicherheitskonzepte zur Abschirmung der Regierung vor dem Volk entwerfen, auf die handelnde Truppe überträgt.

Während diverse Gliederungen Ihrer Partei zu den Protesten gegen den Gipfel mobilisieren, haben Ihre Genossen aus Mecklenburg-Vorpommern in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam mit der SPD und der damals noch oppositionellen CDU das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) des Landes massiv verschärft. Wie glaubwürdig ist die Linkspartei in Sachen Bürgerrechtspolitik noch?

Dass sich Vertreter der Linkspartei.PDS in der seinerzeitigen Regierungskoalition mit der SPD daran beteiligt haben, im Juni 2006 eine Novelle des SOG durchzubringen, die eine eklatante Aufrüstung im Bereich der Eingriffs- und Repressionsinstrumentarien der Landespolizei und mit ihr gemeinsam handelnder Sicherheitsbehörden mit sich bringt, halte ich für schandbar und durch nichts zu rechtfertigen. Um so weniger, als man bei dem Gesetzesvorhaben nicht davor zurückscheute, die Notwendigkeit der

maßgeblichen Erweiterung der „Eingriffsmöglichkeiten“ für die Gefahrenabwehrbehörden, in Gestalt verstärkter Videoüberwachungsmöglichkeiten, des Einsatzes automatischer Kennzeichenlesesysteme, der präventiven Telekommunikationsüberwachung, der Ausweitung der Rasterfahndung, der zwangsweisen Blutabnahme und Ähnlichem mit dem Hinweis zu begründen, dass „demnächst in Mecklenburg-Vorpommern Veranstaltungen wie der G8-Gipfel mit einem Massenaufkommen an zu schützenden Personen und Veranstaltungen stattfinden“ würden. Bei so etwas mitzuwirken, ist das Gegenteil von Bürgerrechtspolitik.

Können sich da Demonstranten, die Opfer von polizeilicher Gewalt oder staatlicher Kriminalisierung werden, vor diesem Hintergrund der Unterstützung der Linkspartei noch sicher sein?

Ich weiß, dass eine große Anzahl unserer Parlamentarier entschlossen ist, nach Heiligendamm zu fahren, um vor Ort zu versuchen, die Rechte der Demonstranten durchzusetzen zu helfen. Dazu bin auch ich wild entschlossen. Trotz aller Risiken, gefilmt, gecatcht, des Platzes oder sonst wohin verwiesen zu werden

• **Das Gespräch führte MARKUS BERNHARDT, AUS: JUNGE WELT**

Deserteure erneut gedemütigt

Der nach langjährigem Kampf Betroffener 1997 im Bundestag gefasste Beschluss, faschistische Unrechtsurteile gegen Wehrmachtsdeserteure endlich aufzuheben und sie zu rehabilitieren, war für die Handvoll noch Lebender trotzdem demütigend. Sie sollten sich einer staatsanwaltschaftlichen Einzelfallprüfung unterziehen. Diese Entwürdigung taten sie sich nicht an. Solche Einzelfallprüfungen abzuschaffen, war Bestandteil eines Gesetz-Änderungsantrages der Linkspartei. Die Debatte darüber fiel aus, stattdessen gaben am 10. Mai Parteien Standpunkte zu Protokoll. Der der Union kam Hitlers Verdikt „Der Soldat kann sterben, der Deserteur muss sterben“ beträchtlich nahe. Norbert Geis legte den militaristischen bundesdeutschen Geist unmissverständlich dar: „Wer Kriegsverrat beging, hat oft in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet ...“ Vor allem geiselte Geis Verräter, die zu feindlichen Linien überwechselten und die Stellungen der „eigenen Kameraden verrietern ... Wer desertiert ist, um die eigene Haut zu retten ... hat sich nach allen Maßstäben der zivilisierten Welt im höchsten Maße verwerflich verhalten“.

Am 15. Mai 1997 hatte der Bundestag noch klar formuliert: „**Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen**“. Was auch heißt, Deserteure, die einfach nur überleben wollten oder Antifaschisten, die ihr Leben riskierten, um das barbarische Morden zu beenden, verdienen höchsten Respekt.

Nicht so in der wieder Krieg führenden BRD des Jahres 2007.

• **MAXI WARTELSTEINER**

In der Lobstädter Straße in Borna befindet, sich eine Gedenkstätte für die Opfer des KZ-Außenlagers Flößberg. Seit der so genannten Wende gedachten Jahr um Jahr zu den entsprechenden Gedenktagen vorwiegend nur Mitglieder der PDS diesen Opfer des NS-Regimes. Diesmal war es anders. Vor dem Hintergrund, dass sich in Borna im vormaligen Objekt der Braunkohlenverwaltung in der Röthaer Straße eine „Gedenkstätte für Deutsche Kriegsoffer“ mehr und mehr als ein Hort neonazistischer Umtriebe entpuppt (der deutschlandweit agierende „Verein Gedenkstätte“ wird maßgeblich von hochdekorierten Helden der Naziwehrmacht und Holocaust-Leugnern gelenkt und ist in Borna dabei, eine Bildungszentrale zu schaffen) sowie angesichts jüngst erfolgter Schändungen des Mahnmals in der Lobstädter Straße hatten Landrätin Petra Köpping, der Bornaer OBM Bernd Schröder, Superintendent Matthias Weismann, der Kreisvorsitzende und Kreisrat der Linkspartei Holger Luedke, Fraktionsvorsitzende und Stadträte der Linken, der SPD, CDU und des BfB sowie weitere Persönlichkeiten wie Wolfgang Heidrich von der Initiative „Flößberg gedenkt“ zu einer Gedenkveranstaltung am 7. Mai aufgerufen. Rund 70 Bürger nahmen teil.

OBM Schröder kündigte an, dass die beschädigte Gedenkstätte von der Stadt alsbald wieder in Stand gesetzt werde. Landrätin Köpping betonte, dass von besonderer Wichtigkeit sein, Präsenz zu zeigen und die Botschaft des Gedenkens an alle Opfer des Krieges zu verbreiten. Kreisrat Eberhard Schneidenbach (Die Linke.PDS) gab einen Abriss der abscheulichen Geschehnisse im KZ-

Außenlager des Rüstungsbetriebes HASAG im sogenannten Flößberger „Fürstenholz“. Von November 1944 bis März 1945 sind dort nachweislich 194 Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge umgekommen, die dann später in Borna ihre letzte Ruhestätte fanden.

Erinnerung wachhalten

Am Bornaer Mahnmal erstmals vereintes Gedenken an Opfer des Faschismus

Die Bornaer Pfarrerin Claudia Wolf gab in ihrer Rede zu bedenken, dass Jugendliche einerseits über Verbrechen des NS-Regimes informiert werden, andererseits von Großeltern nicht selten mit glorifizierenden Kriegserinnerungen konfrontiert werden, wobei eigene Schuld mitunter ausgeblendet werde. Einseitige Gedenkkultur überwinden könne man nur, wenn Erinnerung an die Verfehlungen unseres Volkes wach gehalten werden. Ohne die kleinen und großen Täter, so ihrer Worte, wäre kein Zug nach Auschwitz gefahren. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung begaben sich zahlreiche Teilnehmer in das Stadtkulturhaus zu einer Ausstellung über das Lager Flößberg, für deren Gestaltung der Flößberger Geschichtsverein mit Stefan Walter sorgte hatte.

Zum Bornaer Gedenken sei noch angemerkt: Im Februar, kurz nach dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus entdeckte Lothar Kräcker von der Linkspartei am Mahnmal Lobstädter Straße unter einem Blumenstrauß eine in Folie gehüllte Liste, die überschrieben war: „Den Opfern einen Namen geben!“ Einem Vorschpan über Daten und Geschehnisse im Außenlager Flößberg folgten 86 Namen von Häftlingen mit Geburts- und Sterbedatum, die allein im März 1945 dort umgekommen sind, darunter 35 aus Ungarn, 40 aus Polen sowie 11 aus Russland, Deutschland, Holland, Jugoslawien, Österreich und Griechenland. Wie sich herausstellte, steht eine Gruppe Bornaer Gymnasiasten und katholischer Jugendlicher hinter dieser „Listenaktion“. Im Stammlager Buchenwald hatten sie recherchiert und waren so zu den Namen der von Flößberg nach Buchenwald gemeldeten zu Tode gekommenen Häftlingen gelangt.

Vermutlich sind noch viel mehr Arbeitssklaven in Flößberg umgekommen als ermittelt werden konnten. So fehlt zum Beispiel von 508 Häftlingen, die am 24. Februar bzw. am 4. März 1945 völlig entkräftet nach Buchenwald zurückgeschickt wurden, jede Spur. Am 27. März brachen die Todesmeldungen ab. Doch das Sterben war längst noch nicht zu Ende. Der letzte Rapport nach Buchenwald stammt vom 13. April 1945, dem Tag der Evakuierung der letzten 1444 Häftlinge. Wie viele von ihnen auf dem zweiwöchigen Todesmarsch u. a. nach Mauthausen starben, ist ungewiss.

• **BRUNO SCHWEITZER**

Seit nunmehr zehn Jahren verleiht die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen einen Wissenschaftspreis. Er gründet sich auf eine Stiftung des 2005 im Alter von 100 Jahren verstorbenen deutsch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Günter Reimann aus New York. 33 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten den in drei Stufen ausgelobten Preis bisher entgegennehmen.

Ein Dezennium bietet Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. In der Wissenschaftsgeschichte sind zehn Jahre eine nahezu vernachlässigende Größe. Nicht aber in der Entwicklung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auch in der Geschichte der 1991 gegründeten Stiftung, die sich damals als erste und einzige den Namen Rosa Luxemburg gab, sind diese zehn Jahre prägend. Abgewickelt und ausgegrenzt aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb gelang es, ein eigenes wissenschaftliches Profil auszuprägen. Die evaluierten bzw. in den Vorruhestand verschickten unruhigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vermochten eine zweite Wissenschaftslandschaft aufzubauen, die inzwischen über eigene Institutionen, Bibliotheken, Publikationsreihen verfügt. Die sächsische Rosa-Luxemburg-Stiftung – unweit der Albertina und des Geisteswissenschaftlichen Zentrums der Leipziger Universität gelegen – hat mit ihrem Wissenschaftspreis junge

10 Jahre Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Linke emanzipatorische Ideen

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angezogen, die im Sinne ihrer Satzungsziele linke emanzipatorische Ideen entwickeln. Die Stiftung wirkt damit – gemäß ihrem Auftrag – zurück in die Gesellschaft. Die PreisträgerInnen der zurückliegenden Jahre wirken als Professorinnen und Professoren, als MitarbeiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im In- und Ausland. Nicht wenige haben thematisch ihre Preisträgerarbeiten fortentwickelt. Es sind wichtige Monographien entstanden, die in den großen Bibliotheken der Welt zu finden sind. Ein Abruf der Namen der Preisträger im Internet bringt reichliche Erträge. Der Wissenschaftspreis 2007 wurde an folgende AutorInnen vergeben:

Peter Birke: „Sechzig Pfennig zu wenig, muss eine Mark“ – Wilde Streiks und Gewerkschaften zwischen 1950 und 1973 im bundesdeutsch-dänischen Vergleich. Dissertation zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie der Fächergruppe Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg, 2006, 415 Seiten.

Wigbert Blank: Die kolonialwirtschaftliche Nutzung der

ehemaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika. Gesellschaftliche und forstwirtschaftliche Entwicklung in Deutsch-Ostafrika. Magisterarbeit, 2006, 321 Seiten.

Claudia Catharina Münzing: Coming out of the closet - Öffentlichkeits- und Privatheitsdiskurse im Spannungsfeld geschlechtlicher und sexueller Identitäten. Magisterarbeit 2005/2006, 95 Seiten.

Falk Engelhardt: Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924. Magisterarbeit, 2006, 108 Seiten.

Jana Günther: Die politische Inszenierung der Suffragetten in Großbritannien. Formen des Protests, der Gewalt und symbolische Politik einer Frauenbewegung. Bereits veröffentlichte Magisterarbeit, 2006, 130 S.

Den Festvortrag zur Preisverleihung hielt der Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin Thomas Tetzner zum Thema: *Der neue Mensch. Zur Genealogie der sozialistischen Eupsychie.*

Den festlichen Rahmen für die Preisverleihung schuf ein Flötenquartett der Musikschule J. S. Bach. Für die Preisträger und die Gäste der Rosa-Luxemburg-Stiftung bereitete es große Freude, dem ebenso temperamentvollen wie einfühlsamen Spiel der jungen Solisten zu lauschen.

• LN

Am 12. und 13. Mai fand im Berliner „Kosmos“ der Jugendkongress „Notstand der Republik“ statt. Das Thema führte etwa 90 Jugendliche aus allen Teilen des größer gewordenen Deutschlands über Organisationsgrenzen hinweg zusammen.

Vor allem der G8-Gipfel bot den Teilnehmern aus fdj, Young Socialists, Sozialistischer Jugend Deutschlands - Die Falken, Ver.di-Jugend, IG-Metall-Jugend, Bund der Pfadfinder und Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD Anlass genug, sich näher mit dem Thema repressiver Staatsumbau zu beschäftigen. Erster Schwerpunkt: ein Grundriss, was der Staat an sich überhaupt ist, wo er herkommt und wem er nützt – nämlich der jeweils herrschenden Klasse. Die Themen reichten dabei von den neuen „Heimatschutzverbänden“, die die Militarisierung der Gesellschaft vorantreibt, über die Freiheitsbeschränkungen durch Hartz IV bis zu den Aktivitäten der Bundeswehr, um ihren Bedarf an Nachwuchs zu decken, die für die Interessen der derzeit herrschende Klasse in die nächsten deutschen Kriege ziehen sollen. „Der heutige Staatsumbau ist vor allem ein Umbau und Ausbau des Gewaltapparats und dieser führt gefährlich nahe an den Rand der offenen Gewaltherrschaft“, wie es ein Referent formulierte. Der Kampf um die bürgerlichen Freiheitsrechte, die im Grundgesetz heute noch verankert sind, ist lebensnotwendig. Der Aufbau von Zentren, die jeglicher Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit

Jugendkongress „Notstand der Republik“

Widerstand qualifiziert sich



Szene aus „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

entzogen sind (hier arbeiten Polizei, Geheimdienste, Militärischer Abschirmdienst, Zollbehörden und Kriminalämter mit beispielsweise dem Amt für Migration und Flüchtlinge täglich eng zusammen), brechen nicht nur das gültige Potsdamer Abkommen und sind damit völkerrechtswidrig. Sie sind auch verfassungswidrig. Seit der Annexion der DDR 1989/90 müssen sich weitere 16 Millionen Menschen nicht nur dem Kapitalismus unterwerfen, sofern sie ihre Arbeitskraft überhaupt verkaufen dürfen. Sie müssen auch täglich unterdrückt werden. Dafür ist der

doppelte Gewaltapparat notwendig, nicht um uns zu schützen, sondern um die Herrschenden zu schützen – vor uns. „Der Krieg nach außen bedarf immer noch des Kriegs nach innen“, brachte eine Referentin dieses Thema auf den Punkt. Dafür sind in den so genannten Heimatschutzämtern bis zu 250 000 Reservisten eingeplant, die auf jeder Ebene der Gesellschaft die Befehlsgewalt übernehmen können.

Die Jugendlichen konnten sich anhand von weiterem Faktenmaterial überzeugen, wie notwendig breiter Widerstand

ist. Dazu gehört auch, den Ausbildungsversprechen der Bundeswehr, die in Schützengräben oder ins Bombenflugzeug führen, nicht auf den Leim zu gehen – und auch die Gewerkschaften im Kampf gegen diese „Berufsausbildung“ in die Pflicht zu nehmen.

Die Jugendlichen diskutierten lebhaft, wie man den Widerstand aufbauen kann. Das war Thema am 2. Kongrestag – der rechtzeitig schloss, um den Teilnehmern den Besuch einer weiteren Veranstaltung zu ermöglichen: „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ im Kino Babylon mit Filmpremiere der gleichnamigen internationalen Antikriegsaktion vom Mai 2006, an der einstige Soldaten der Anti-Hitler-Koalition beteiligt waren. Für die Teilnehmer des Jugendkongresses „Notstand der Republik“ gehört das zusammen: Aus der Geschichte zu lernen, um den Widerstand heute zu organisieren. Sie sind sich einig, dass der permanente Notstand der Republik auch ein Zeichen ist, dass der deutsche Imperialismus große Angst vor unserem Widerstand hat. Wir haben begriffen, dass wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen den Hauptfeind, der immer noch und weiterhin im eigenen Land steht (Karl Liebknecht), vervielfachen müssen. Denn: „Die demokratischsten Zeiten in diesem Land waren immer die, als die Arbeiter, als das Volk massenhaft kämpfte.“ Der Kongress ist nur der Anfang davon.

• MARINA BECK/
KATHRIN SCHMITT



Beim Blättern in den Zeitungen und Zeitschriften, die zur Argus wöchentlichen Lektüre gehören, stieß er im ersten Maiheft der Zeitschrift *Ossietzky* auf einen kleinen Beitrag unter der Überschrift *Ich wurde nicht gefragt*, von dem Argus meint, dass er es wert ist, hier nachgedruckt zu werden. Die Autorin, Frau Brigitte Rother, so teilt die Ossietzky-Redaktion mit, ist die letzte Überlebende der Familie Tucholsky. „In Berlin wird für eine Ausstellung *Anti-*

semitismus in der DDR geworben. So wird die DDR geschmäht. Und die BRD erfährt dadurch eine wundersame Verwandlung – als hätten wir im Osten darauf gewartet, daß sie uns vom Antise-

mir in der DDR ergangen ist, wie ich mich gefühlt habe.

Mario Keßler hat in seinem Buch *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz* (Akademie-Verlag 1995) über die Zeit bis 1967 geschrieben, daß zur Regierung der DDR sieben Juden gehörten und zum Zentral-Komitee der SED acht. Gemessen an den damals 17 Millionen Einwohnern der DDR waren die Juden eine verschwindende Minderheit, aber Keßler macht „deutlich, daß sie die DDR in ihren verschiedenartigen Facetten stärker mitprägten, als es ihrem geringen zah-

lenmäßigen Anteil der Bevölkerung entsprach“.

Und die Zahlen erhalten noch mehr Gewicht, wenn man ihnen gegenüberstellt, daß an der Regierung der BRD kein einziger Jude beteiligt war.

Ich habe von Anfang bis Ende in der DDR gelebt. Mir war klar, daß unsere Mörder nicht vom Erdboden verschluckt worden waren. Viele waren in den Westen gegangen, andere waren in ihr Mausloch gekrochen oder hatten sich ein neues Mäntelchen umgehängt. Bei Einzelnen spürte ich manchmal eine Distanz mir gegenüber, eine Wand zwischen uns. Aber nie erlebte ich eine Zurücksetzung. Ich habe mich in der DDR sicherer gefühlt als heute.“

Berliner Antisemitismus-Ausstellung

Lesefrucht

mitismus befreit. Ausgerechnet die BRD, die den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze zum obersten Beamten im Kanzleramt gemacht hatte.

Die Veranstalter und Macher dieser Ausstellung haben mich nicht gefragt, wie es

gemessen an den damals 17 Millionen Einwohnern der DDR waren die Juden eine verschwindende Minderheit, aber Keßler macht „deutlich, daß sie die DDR in ihren verschiedenartigen Facetten stärker mitprägten, als es ihrem geringen zah-

Vor nunmehr genau 175 Jahren, am 27. Mai 1832, versammelten sich in der Kleinstadt Neustadt/Weinstraße in Rheinland-Pfalz 25 000 bis 30 000 Menschen zu einem „Nationalfest der Deutschen“.

Wie war es dazu gekommen und was hat es damit auf sich? Die sogenannte Rheinpfalz hatte 20 Jahre unter französischer Verwaltung gestanden und dabei die Errungenschaften der französischen Revolution (bürgerliche Freiheiten einerseits und Abschaffung des Erbadels und anderer feudaler Vorrechte andererseits) genossen. 1815 war sie nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses dem Königreich Bayern zugeschlagen worden, hatte dabei zwar einige Sonderrechte behalten können, aber auch unter Repressionen der Restaurationsära nach 1815 gelitten und durch Zölle und Steuern wirtschaftliche Not erfahren. So war in der Bevölkerung eine Stimmung gegen die bayrische Monarchie entstanden.

Die französische Juli-Revolution 1830 hatte besonders in Deutschland und Polen zur Wiederbelebung politischer Aktivitäten geführt. In Neustadt entstand die Idee, ein Maifest als deutsches Nationalfest mit dem Charakter eines öffentlichen Volksfestes zu veranstalten. Obwohl die bayrische Verwaltung zunächst ein Verbot aussprach, musste sie dies nach starken Protesten zurücknehmen.

Ideengeber und Organisatoren des Festes waren vor allem zwei Männer: Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth. Siebenpfeiffer (1789–1845), Jurist, bis 1830 im Staatsdienst, nach Kritik an der bayrischen Regierung gemaßregelt, gab ab 1831 in Zweibrücken die kritische Tageszeitung *Bote aus dem Westen* heraus. Unter dem Motto „Licht, Freiheit, Ordnung!“ übte er Kritik an der Adelherrschaft in Bayern. Wirth (1798–1848), zuerst Rechtsanwalt, gab ab 1831 in München die Zeitung *Deutsche Tribüne* heraus, siedelt aber 1832, um Zensur und Geldstrafen auszuweichen, in die Pfalz über. Beide gründeten im März 1832 in Zweibrücken den *Deutschen Preßverein*, Vaterlandsverein genannt. Er war die erste Organisation zur finanziellen Unterstützung und Verbreitung von (oppositionellen) Druckschriften.

Der Zug zum Schloss

Einheimische und Besucher formieren sich am frühen Morgen des 27. Mai, einem Sonntag, zu einem Zug zum Hambacher Schloss. Die Mehrzahl der Teilnehmer kommt aus der Rheinpfalz und den Nachbarstaaten. Der bekannteste Gast ist der Schriftsteller Ludwig Börne. Es sind aber auch Abordnungen aus anderen deutschen Ländern und – begeistert begrüßt – aus Frankreich und Polen vertreten. Die Polen befinden sich auf der Flucht nach Frankreich nach dem gescheiterten Aufstand von 1831 gegen die zaristische Unterdrückung ihrer Heimat. In den Franzosen begrüßt man die Vertreter der Ideen von 1789. Häuser und Wege sind geschmückt. Viele Teilnehmer tragen schwarz-rot-goldene Kokarden und Schärpen. Mit Fahnen, Musik und unter Böllerschüssen geht es vom Neustadter Markt zur drei Kilometer entfernten Burgruine auf dem Schlossberg. Dabei werden erstmals schwarz-rot-goldene Fahnen in Form der Trikolore mitgeführt. Die Hauptfahne mit der später und heute gebräuchlichen Reihenfolge „schwarz-rot-gold“ trägt die Inschrift „Deutschlands Wiedergeburt“. Sie wird auf dem Turm des Schlosses aufge-



Vor 175 Jahren: Das Hambacher Fest 1832

Bis dahin größte deutsche politische Massendemonstration

pflanzt. Diese „Ur-Fahne“ hängt heute im Heimatmuseum von Neustadt. Auf dem Marsch und tagsüber werden patriotische und Freiheitslieder gesungen, u. a. „Was ist des Deutschen Vaterland?“ von Ernst Moritz Arndt, der revolutionäre Rundgesang von W. Sauerwein „Der Deutschen Treibjagden“ mit der Anfangszeile „Fürsten zum Land hinaus“.

Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht

Auf dem Burgberg und im Schlosshof werden zahlreiche Reden gehalten, oft in einem dem Zeitgefühl entsprechenden pathetischen Tenor. So beendet Siebenpfeiffer seinen Beitrag mit den Rufen: „Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, (damalige Bezeichnung für Franzosen) der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und unsere Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!“

In vielen Variationen sind die politischen Hauptforderungen zu hören; Verteidigung und Ausbau der Volksrechte durch eine „Grundreform“ und demokratische „Wiedergeburt Deutschlands“, Volkssouveränität, Republik, Aufhebung des Adels und der Feudalrechte, demokratische Völkergemeinschaft. Deren Kern soll das Bündnis des deutschen, polnischen und französischen Volkes sein. Wirth, als einer von wenigen die Bedeutung des organisierten Handelns erkennend, schlägt in seiner Rede „ein

Bündnis der Patrioten zum Zwecke der Belehrung des gesamten deutschen Volkes über die Art und Weise der notwendigen Reform Deutschlands“ vor. Ein Gewitterregen zur Mittagszeit kann die euphorische Stimmung nicht stören, zumal er am Nachmittag von strahlender Frühlingssonne abgelöst wird.

Liberalen gegen Demokraten

Am nächsten Tag, dem 28. Mai, treffen sich etwa 500 führende Oppositionelle im Neustadter Schießhaus, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Dabei treten aber die Unterschiede in den Ansichten über den einzuschlagenden Weg zwischen den Liberalen und Demokraten offen zu Tage. Siebenpfeiffer will die „Grundreform Deutschlands“ nur auf gesetzlichem Wege verwirklichen. Der *Preß- und Vaterlandsverein* soll deshalb in einen politischen Verein umgewandelt werden. Die Studenten dagegen fordern sofort eine provisorische Regierung zu bilden und einen Termin für eine Revolution festzulegen. Am Ende kommt man zu keiner Einigung.

Als Nachklang dieser Bestrebungen versuchte eine kleine Gruppe von Studenten im April 1833 mit dem sogenannten *Frankfurter Wachensturm*, der bewaffneten Besetzung der Hauptwache in Frankfurt/M., dem Sitz des Deutschen Bundes, ein Signal für einen revolutionären Aufstand zu geben. Die Aktion, die verraten wird, scheiterte kläglich.

„Demagogen“ verfolgt und ins Exil getrieben

Der *Deutsche Bund*, der lose Zusammenschluss der souveränen 39 deutschen

Monarchien, nutzte das Hambacher Fest und den Frankfurter Putsch zu einer verstärkten Verfolgung der „Demagogen“, wie er die Liberalen und Demokraten verleumderisch nannte. Ihre Presse wurde verboten. Die Führer der Volksbewegung wurden angeklagt. Ein großer Teil von ihnen floh in das Ausland. Auch Siebenpfeiffer und Wirth gingen ins Exil.

Ziele heute nur scheinbar erreicht

Das Hambacher Fest war die bis dahin größte politische Massendemonstration in Deutschland. Unter den bescheidenen Bedingungen des Postkutschenzeitalters hatten sich einige Zehntausend Menschen friedlich, feierlich und fröhlich versammelt, um Volkssouveränität, Republik, Einheit Deutschlands und Europas zu fordern. Auch wenn diese Forderungen damals scheiterten, gehört das Hambacher Fest zu den demokratischen und positiven nationalen Traditionen des deutschen Volkes. Es steht in einer Linie, die durch die Jahreszahlen 1848, 1918, 1968 und 1989 gekennzeichnet wird. Die Ziele, die auf dem Hambacher Fest genannt wurden, scheinen heute erreicht: Demokratie, Republik, Einheit Deutschlands, auch die Einheit Europas ist vorangekommen. Trotzdem gibt es offene Fragen und neue Probleme.

Zum 175. Jubiläum des Hambacher Festes sind in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen in Neustadt und auf dem Hambacher Schloss vorgesehen.

Molière, Vivaldi und Sondheim

Eine derartige Vielfalt wäre vor 30 Jahren an der Leipziger Musikhochschule noch nicht möglich gewesen. Jetzt sind innerhalb weniger Wochen zu erleben: „Serenata a 3“ von Antonio Vivaldi der Fachrichtung Alte Musik, „Compagny“ von Stephen Sondheim der Fachrichtung Jazz / Populärmusik / Musical, „Die heimliche Ehe“ von Domenico Cimarosa der Fachrichtung Gesang/Musiktheater und zu guter letzt als Sommertheater „Don Juan“ von Jean-Baptiste Molière der Fachrichtung Schauspiel.

Voran ging die „Alte Musik“ mit Vivaldis „Serenata zu dritt“. Da versucht die Nymphe Eurilla (Anastasia Peretyahina), von Nice (Heide Maria Taubert) unterstützt, den Schäfer Alcindo (Jozsef Gal) mit allen Mitteln der Verführung für sich zu gewinnen. Als ihr das gelungen ist, fordert sie ihre Freundinnen auf, den Zögernden zu zerfleischen.

Doch bis auf die letzten drei Musiknummern zeigen sich nach allen Regeln damaliger Gesangkunst die Nymphen verlockend, bittend, beschwörend, Alcindo unbeholfen, zurückhaltend und schließlich zärtlich. Dabei bewegen sie sich mit der von Sharon Weller vermittelten (zum Teil schon überzeugend genutzten) barocken Gestik. Das von Susanne Scholz als Konzertmeisterin geleitete Barockorchester mit Gästen der Hochschulen Dresden, Weimar, Ber-

lin, Vincenza und Cosenza durchdrang die spezifische Klanggebung und Artikulation dieser Musik mit Spielfreude. Spielfreude ganz anderer Art herrscht auch bei Sondheims Musical „Company“. Nach „Ab in den Wald“ (2004) wählten die Fachrichtung zum zweiten Mal ein Werk dieses amerikanischen Erfolgskomponisten. Auch in diesem Stück geht es wie bei Vivaldi - nur eben ganz anders - um Partnerschaft und Liebe. Der nur lose Beziehungen kennende Robert reflektiert an seinem 35. Geburtstag die Verbindungen vier befreundeter Paare und sein eigenes Leben. Er erkennt die Probleme der Paare, aber auch deren Willen, zusammen zu bleiben. Was er tun wird bleibt offen.

Dieses Wechselspiel bietet Möglichkeiten für verschiedenartigste Songs und Tanzeinlagen. Die Akteure, von denen Oliver Timpe stellvertretend für alle genannt sei, zeichnen sich in der Regie Patrick Imhofs und Choreographie Lynnda Currys dabei gleichermaßen singend, spielend und tanzend aus. Stephan König führt die zehn Musikanten des Orchesters überlegen.

Nun stehen für Juni Aufführungen „Die heimliche Ehe“ und für die erste Juli-Hälfte das Sommertheater mit „Don Juan“ bevor.

• WERNER WOLF

Klassische Meisterwerke ...

... erklangen in den beiden Gewandhauskonzerten der ersten Mai-Hälfte. Wer genau hinhörte, hatte allerlei zu entdecken. Das begann mit der von manchen Leuten unterschätzten zweiten Beethoven-Sinfonie. Da klang unter Leitung Philippe Herreweghes in der Einleitung der Dreiklang in d-Moll wie ein schlimmes Omen. So schrille Töne wie zu Beginn des vierten Satzes der „Neunten“ folgen zwar nicht. Herreweghe fand mit dem Orchester zur richtigen Klanggebung und Artikulation. Die Überraschungen gingen auch bei Mozarts Klavierkonzert A-Dur KV 488 weiter. Der Solist Andreas Staier, Spezialist für Hammerflügel, benutzte zwar einen Steinway, spielte den aber wie ein Hammerklavier. Nicht wenige Zuhörer zeigten sich überrascht, dass er auch mitspielte, wenn er nicht solistisch gefordert ist. Auch in Haydns Sinfonie Nr. 104, die für Beethovens „Zweite“ Pate stand, ließ Herreweghe zum Ausklang mit all ihren (nicht nur) kleinen Überraschungen erklingen.

Im folgenden Konzert dirigierte Herbert Blomstedt ein unkonventionelles Brahms-Programm. Er begann mit der Tragischen Ouvertüre als Einstimmung auf die ernste dritte Sinfonie. Nach der Pause ließ er den immer wieder faszinierenden Haydn-Variationen wie ein studentischer Schalk die Akademische Festouvertüre folgen.

• W. W.

Zärtlichkeiten mit Freunden

REIBUNGSSCHMERZ war es nicht, der das Publikum der Leipziger Funzel dazu veranlasste, unentwegt in Gelächter auszubrechen. Auch wenn die beiden Riesaer Mittzwanziger dies besangen und gleich anfangs davon die Rede war, dass die Leipziger nur noch die Hoffnung und den Tunnel haben. Ihr Anliegen war es, den Alltag der Menschen verblasen zu lassen und nicht nur für einen Wimpernschlag ein breites Lächeln auf die Gesichter zu zaubern. Sie lobten sich mitunter selbst - indirekt sollte das wohl ein Hinweis darauf sein, dass ein wenig mehr Selbstverliebtheit vielen nicht schaden würde.

Wer ist schon seine eigene Vorband? Diese selbstlose Idee hatten Stefan Schramm und Christoph Walther, die sich im Programm liebevoll Ines Fleiwa und Cordula Zwischenfisch nennen. Beide Studenten haben den Zahn der Zeit erkannt, machen es einfach anders und räumen damit etliche Kleinkunstpreise ab. In Otti's Schlachthof waren sie auch schon zu Gange. Wozu so eine Sandkastenfreundschaft doch nützlich ist ...

Leichtgläubige müssen bei diesem Programm allerdings aufpassen: Da wird die Steiermark zum bayrischen Kanton, da gibt es Weltdienstage, impulsive Mikrowellen und allerhand andere irrwitzige Einlagen. Gerade „Cordula“ nutzt sein Studium der Sprecherziehung, wodurch seine Zuhörer zu Probanden seiner Sprechkunst werden. Er reißt sie aus ihrer Trance, wenn er mit den Stimmlagen spielt und einem plötzlich suggeriert, man würde das harte Schreien einer Wandergans vernehmen, deren Thematik sich sogar Theodor Storm annahm: „...die Wandergans mit hartem Schrei, fliegt in Herbstesnacht vorbei ...“. Herbstesnacht war es nicht in Leipzig, doch die jungen Künstler hielten das Publikum in Überlänge in Schach und es gab Beifallsstürme. Es ist selten, wenn man denkt: „Die sind ihr Geld wirklich wert“. Doch die sächelnden Jünglinge belehrten uns eines Besseren. Sie ließen mit einmaliger Unbeschwertheit die Herzen der Leipziger aufgehen, durch Witz, Charme und Wandlungsfähigkeit.

Bemerkenswert auch das dargebotene Vokabular: Deckhengst, Metallbaukastenhirn sowie pädagogisches Playmobil scheinen durchaus gebräuchliche Worte zu sein. Tupperware durfte natürlich nicht fehlen und die Fußzonenreflexmassage wurde euphorisierend für den Zuhörer verpackt. Jedem Schulmediziner hätte es wahrscheinlich die Schuhe ausgezogen – aufgrund der verquerten Erklärung und der Tatsache, dass nichts „Normaleres“ wie beispielsweise der Luftröhrenschnitt erläutert wurde. Wunden könnte man mit neun Packungen Heftklammern fixieren – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt, das wurde im Laufe des Abends immer wieder bewiesen.

Pädagogisch wertvoll? Wertvoll oder nicht - man hofft, dass die Sachsen sich demnächst nicht mit Heftklammern für die nächsten Jahre eindecken, für die ein oder andere Verletzung ...

VERLIEBTE DÜRFEN SICH SCHON JETZT AUF NÄCHSTE AUFTRITTE IN HEIMATLICHEN GEFILDEN FREUEN: 29. JUNI IN DER MORITZBASTEI

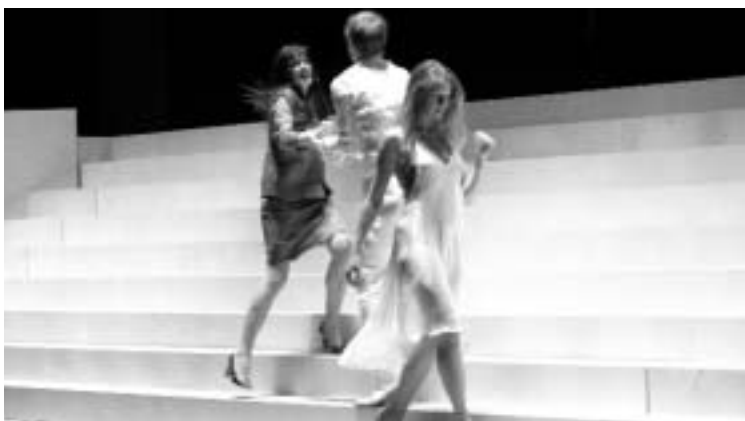
• SIMONE PIPIRS

Medea – „verzauberte“ Zauberin

So wünschenswert die Wiederentdeckung antiker Stoffe auf den Theaterbühnen ist, so schwer ist die Vermittlung in einer Welt, in der die alten Sagenkreise der Argonauten und der Trojaner und die Taten des Herkules fast nur noch durch Hollywood besetzt sind. Es ist nicht leicht im Jahr 2007 die Begeisterung für griechische Mythologie zu wecken. Schwer wird es, wenn man dies mit dem Wiener Franz Grillparzer (1791 - 1872) versucht. Franz

Mehring urteilte: „Grillparzer ist großen Schichten der deutschen Nation, so namentlich den arbeitenden Klassen, doch mehr oder minder fremd geliebt... Nicht als ob mit alledem ein Stein auf Grillparzer geworfen werden sollte! Er war der Sohn seiner Zeit, von der er sich nicht losreißen konnte. Revolutionäre Titanen konnten im Österreich Meternichs nicht gedeihen.“

Das Schauspiel Leipzig wagt sich an die Dramentrilogie „Das goldene Vlies“ und präsentiert diese – stark gestrichen, aber trotzdem noch dreieinhalb Stunden – unter dem Titel „Medea“ im Großen Haus. Die Argonauten unter Jasons Führung sind ausgezogen, um im fernen Kolchis das goldene Vlies zu suchen, jenes verheißungsvolles Widderfell, welches für die Sehnsucht nach irdischem Glück steht. Der Grieche verliebt sich in Medea, Tochter des Königs von Kolchis, und bewegt sie zur gemeinsamen Abreise. Nachdem sie des Mordes



Ein explosives Beziehungsdreieck: Medea, Jason und Kreusa (Carolin Conrad, Torben Kessler, Marlène Dunker; v.l.n.r.).

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

verdächtigt werden, finden sie bei König Kreon Unterschlupf. Kreons Tochter Kreusa ist die Jugendliebe Jasons. Der Argonaut ist hin- und hergerissen zwischen dem aufreizenden Charme seiner früheren Geliebten und der kühlen, treuen Anmut Medeas.

In der Lesart von Regisseur Robert Schuster und Ausstatter Sascha Gross ist Kolchis ein zurückgebliebenes Fleckchen Erde, ein Müllplatz auf dem neben einem wackeligen Zelt eine rostige Autotür ihr Dasein fristet. In der hellen, prächtigen Welt der Griechen, ein marmorner Palast, angekommen streift Medea ihrer Lumpen ab und erscheint als Geschäftsfrau in Rock und Blazer. Die einst nackten Füße kleiden jetzt Designer-Pumps. Die Botschaft ist nicht zu übersehen. Medea, die Zauberin, erliegt dem Zauber der Konsumwelt. Albern und den durchaus positiven Gesamteindruck der Inszenierung störend sind die Szenen mit einem

Marionetten-Hasen, der albern und hilflos über die Bretter blödel. Bestenfalls kann man dem Regisseur eine ironisch-kritische Distanz zum schwerwichtigen Sagenstoff unterstellen. Es hat eine Weile gedauert, bis sich die Schauspieler bei der Premiere erwärmt hatten.

Die Textverständlichkeit war am Anfang weit unter dem ohnehin nicht verwöhnenden Leipziger Niveau. So etwas darf nicht passieren. Carolin Conrad spielt sich beeindruckend frei. Ihre Medea ist mehr als die Ge-straft, die Verfluchte im Vater-Tochter-Konflikt. Sie ist die Suchende nach Wahrhaftigkeit und Treue, ihre stillen Momente, ihre fragenden, traurigen Blicke geben Medea die notwendige Wärme. Am Ende wird sie im Eifersuchtsdrama zerrieben. Conrad zeigt eine Verletzlichkeit, die zwangsläufig zum Gewaltausbruch führen muss. Ihre Gegenspielerin dagegen taktiert und verführt: Marlène Dunker als Kreusa ist die femme fatale, die Beschützerin Medeas und zugleich ihr Untergang. Mit wallendem Haar, mit süßem Blick, zart und stark, feiert sie den Triumph der Jugendliebe. Torben Kessler wahrt die schwierige Balance von Jasons Ge-fühlshaushalt. Er ist Held und Heuchler zugleich.

• D. M.

Am 19. April 1945, acht Tage nach ihrer Selbstbefreiung, legten die Überlebenden von Buchenwald einen Schwur ab, der nicht nur ihnen, sondern allen Antifaschisten Verpflichtung ist: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

61 Jahre später erleben die wenigen noch lebenden „Buchenwälder“, wie ihr Schwur von den Mächtigen dieser Welt mit neuen Kriegen und mit grenzenloser Ausbeutung verhöhnt wird.

18 ehemalige Häftlinge, Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, der rassistisch verfolgte Sinto und der Farbige oder der „Sippenhäftling“ mahnen mit ihren Ausrufen – auch über das, was sie nach 1945 erlebten –, ihren Schwur weiterzutragen. Da ist Benno Biebel, Jahrgang 1911, im Roten Wedding Kommunist geworden und in Buchenwald zuletzt in der Häftlingsschreibstube mit dafür verantwortlich, dass die

Unvergessenes Buchenwald



KZ Buchenwald nach der Selbstbefreiung 1945, Kameraden des Magazin-Kommandos. Stehend 2. v. l. Kurt Julius Goldstein

Evakuierungstransporte verzögert wurden. Im Juni 1953 schlugen ihn Westberliner Randalierer mit dem Schlagring nieder, Sowjetsoldaten retten ihn, fünf Monate dauert der Klinikaufenthalt. Oder Ernst Grube. Vor Buchenwald saß er mit Hans Lauter in Waldheim und überlebte mit ihm auch das Moorlager. In der DDR wurde er Staatsanwalt. Nach 1990 eröff-

neten bundesdeutsche Justizbehörden dreist zwei Ermittlungsverfahren gegen ihn, die ohne Begründung eingestellt wurden. Oder Siegwart-Horst Günther, treu dienender Jungoffizier, aus „Versehen“ als Attentäter des 20. Juli noch nach Buchenwald verfrachtet. Als Medizinprofessor, der die Folgen der von den USA im Irak verschossenen Munition aus abgereichertem

Uran entlarvt, weltbekannt geworden.

Oder der Kommunist, Jude, und Spanienkämpfer Kurt Julius Goldstein, als Auschwitzhäftling 58866 vor der näherrückenden sowjetischen Front nach Buchenwald verschleppt. 3000 waren mit ihm zusammen abgefahren, 500 kamen an. Er konnte sich als Franzose eintragen lassen und seine Überlebenschancen somit steigern, aber welche Ängste das wiederum brachte und welche solidarischen Erlebnisse Ein Buch zum Weinen, zum Nachdenken, zum Wütendbleiben angesichts des Nazigesocks, das schier ungestraft wieder aus allen Löchern kriechen darf.

• M. WARTELSTEINER

Peter Hochmuth, Gerhard Hoffmann (Hrsg.): *Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder. R.-Luxemburg-Stiftung, Texte 35. Karl Dietz Verlag, Berlin 2007. 246 S., 14,90 Euro*

...und Mensch ehrt den Menschen!

Wenn fremdes Leben das eigene berührt

Mit Autobiografien ist behutsam umzugehen. Da verbietet es sich, an anderer Lebenssicht herumzumosern oder etwa besserwisserisch zu monieren: ... aber auf Seite 36, da hätte der Autor aber bitte ...! Nein, mit hätte und wenn ist da nichts auszurichten, zumal, wenn es sich um so eine ehrliche Lebensbeichte handelt, wie die von Rocklegende Cäsar Peter Gläser.



Alexander von Humboldt

(1769–1859) ist als Naturforscher, Mitbegründer der Geografie als empirischer Wissenschaft und Forschungsreisender eine Berühmtheit ersten Ranges.

Johann W. von Goethe schrieb über ihn: „Was ist das für ein Mann! Ich kenne ihn so lange und bin doch von neuem über ihn in Erstaunen. ...“ Die Zitatenseite ist ein höchst anregender Blick in sein immenses Werk.

• K. SCH

Alexander von Humboldt: *Mit dem Wissen kommt das Denken. Auswahl und Zusammenstellung: Roland Weber. Verlag Neues Leben, Berlin 2007, 111 S., 4,90 Euro*



Ein Problem unseres derzeitigen Lebens besteht darin, dass man sich an zu vieles gewöhnt. Mein Nachbar soll nach seinem Invalidenbescheid 4000 Euro Arbeitslosengeld zurückzahlen, weil seine künftige Invalidenrente geringer sein wird, als das bisherige Arbeitslosengeld, die Zahlungen aber von dem Tag an berechnet werden, da er den Rentenantrag stellte. Man warnte ihn, dass er kaum Chancen hätte, würde er dagegen klagen wollen. Also beginnt er, sich 4000 Euro zusammenzupumpen und die Schulden bereiten ihm schlaflose Nächte. Wenn jedoch ein Bankdirektor Millionen „unter dem Tisch“ kassiert – was selten genug auffällt –, die „Unterschleife“ entdeckt wird und er die Summe zurückzahlen soll, zieht er guter Dinge mit einem Schwarm von Anwälten vor Gericht, spreizt die Finger zum Victory-Zeichen in die Kameras und spaziert ein paar Tage später als Unschuldiger wieder nach Hause. Seine Anwälte und die Staatsanwälte hatten einen „Deal“ vereinbart und hinterher die Richter davon in Kenntnis gesetzt. So

Gegen das Gewöhnen

geschehen im Fall des Deutsche-Bank-Direktors Ackermann. Man erinnert sich, darüber in Zeitungen und in TV-Sendungen informiert worden zu sein, vergisst es aber schnell wieder. Mit einem Wort: Man gewöhnt sich daran. Der Berliner SPOTLESS-Verlag führt einen beharrlichen Kampf gegen derlei Vergessen. Auch im Fall Ackermann, dem Klaus Huhn den Titel „Ackermann und andere“ widmete. Der Historiker Jörg Roesler schrieb darüber im ND: Dem „Autor dieses kleinen Bandes und dem Spotless-Verlag ist zu danken, dass jene, die nicht gewillt sind, ein Ereignis wie den Mannesmann-Prozess sehr bald zu vergessen, eine Chance bekommen, sich fundiert zu informieren.“ Und sich vor allem nicht daran zu gewöhnen. Lesens- und preiswert! • JENS HOLM

Klaus Huhn: *Ackermann und andere. Spotless Berlin 2006 96 S. br. 5,10 Euro*

Der Band 8 der „Berliner Willy Brandt Ausgabe“ enthält 116 Dokumente aus dem Zeitraum März 1975 bis September 1992. Das waren nach dem Rücktritt Brandts vom Amt des Bundeskanzlers (1974) vor allem seine Jahre als Präsident der Sozialistischen Internationale (1976–1992), Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission (1977–1983), Vorsitzender der SPD (bis 1987) und Ehrenvorsitzender der SPD (1987–1992).

Die Dokumente zeigen das breite Spektrum der Themen, mit denen Brandt in dieser Zeit befasst war: Probleme in Südafrika, Konflikte im Nahen Osten, Revolution in Nicaragua, Kriegsrecht in Polen, Verschuldung der Entwicklungsländer, Haltung zu Cuba und nicht zuletzt Fragen des demokratischen Sozialismus u.a.m. Der historischen Einordnung der Dokumente dient ein nahezu 100-seitiges Vorwort. Der Anhang enthält neben den üblichen Angaben ein hilfreiches Personen- und Sachregister.

Als Brandt 1976 SI-Präsident wurde, stand die USA noch unter dem Schock der Niederlage in Vietnam, und die Sowjetunion schien weltweit auf dem Vormarsch. Als er sechzehn Jahre später sein Amt abgab, war die Welt ein völlig andere geworden. Die Öffnung der SI nach Osten 1989/90 und

Neues aus dem Willy Brandt Archiv



Der kubanische Staatspräsident Fidel Castro empfängt Willy Brandt bei dessen Besuch in Kuba am 15. Oktober 1984

über Europas Grenzen hinaus war erfolgt. Nie zuvor und nie danach spielte die SI in der Weltpolitik eine so große Rolle wie in der Zeit seiner Präsidentschaft.

Willy Brandt mahnte am 14. September 1992 in seinem Grußwort an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin, teilzunehmen war ihm nicht möglich, seine Krankheit war zu weit fortgeschritten, nicht zu vergessen: „Wer Unrecht lange geschehen lässt, bahnt dem nächsten Unrecht den Weg.“ Und es drängte ihn zu vermerken, dass die Welt nach der Epochenwende 1989 und 1990 „nicht nur ‚gut‘ werden“ konnte. Maxime seiner Politik war, die eigenen Positionen immer wieder zu bedenken, zu beachten, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten verlange. Für Vernunft, Entspannung und Frieden einzutreten, war ihm auch nach Ende des Kalten Krieges wichtig genug, um seine Kräfte nicht zu schonen. Am 8. Oktober 1992 verstarb Willy Brandt in Unkel bei Bonn.

• KURT SCHNEIDER

Willy Brandt: *Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale. Berliner Ausgabe, Band 8. Bearbeitet von Bernd Rother und Wolfram Schmidt. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006. 684 Seiten, 27,60 Euro*

Mit ihren rund 250 dichtbebilderten Seiten ist sie nicht einmal eine schwere Lektüre. Ich kam beim Lesen und Betrachten trotzdem ins Stocken und Grübeln, da viele Lebensmomente dieses Leipziger Musikers, dem ich nie persönlich (klammern wir die Konzerte aus) begegnet bin, eigenes Tun und Handeln in Erinnerung bringen und hinterfragen.

Es beginnt beim Kramen im Plattenschrank und mehrmaligen Anhören des wunderbaren Songs: „Wer die Rose ehrt...“ auf der „Hallo-LP“ Nr. 3. Dann entdeckte ich Kugelschreiber-Autogramme auf einer Langspielplatte von der Gruppe „Karussell“. Beim Weiterlesen bemerkte ich anhand der Fotos im Buch, dass wir mal gleiche Bekannte hatten, wie den Leipziger Maler Albrecht Gehse.

All die vielen Kleinigkeiten dieses fremden Lebens aus der Lindenthaler Straße in Gohlis berühren das eigene Herz und den dazugehörigen Verstand, wenn man ein ähnlicher Jahrgang ist und in dieser Stadt zum Musik-Fan aber auch zum erfahrenen Mann wurde.

Auf der letzten Seite dieser von Gerhard Pötzsch sensibel betreuten Autobiografie gibt es einen aktuellen Gästeeintrag aus Cäsars Hompage zu lesen: „Deine Stimme kann Verbitterte verwandeln.“ Wie wahr! Dieses Buch stelle ich nicht ins Bücherregal, sondern in den Plattenschrank, wenn ich mal wieder in mich „hineinhören“ möchte.

• MICHAEL ZOCK

Cäsar Peter Gläser / Gerhard Pötzsch: *Wer die Rose ehrt. Die Autobiografie. Militzke Verlag, Leipzig 2007. 256 S., 24,90 Euro.*

KALENDERBLATT

Vor 120 Jahren geboren

ERICH KUTTNER

Der sozialdemokratische Journalist Erich Kuttner wurde am 27. Mai 1887 in Schöneberg bei Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und trat danach in die Sozialdemokratische Partei ein. Bereits als Referendar wegen seines Wirkens für die Sozialdemokratie gemäßregelt, arbeitete er in der Folgezeit als Publizist und Redakteur. 1912 erschien seine Arbeit „Klassenjustiz“, in der er die Justiz der kapitalistischen Gesellschaft als Instrument zur Behauptung der Herrschaft der Bourgeoisie kennzeichnete. Ab 1913 gehörte Kuttner der Redaktion der Chemnitzer *Volksstimme* an, ein Blatt der Sozialdemokratie. Stark beeinflusst von der demagogischen Losung der „Vaterlandsverteidigung“, meldete er sich 1915 freiwillig an die Front, von der er 1916 schwerverwundet zurückkehrte. Er wurde nunmehr Redakteur am *Vorwärts*, dem Zentralorgan der SPD.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik analysierte er detailliert den unveränderten Klassencharakter der Justiz. Gleichzeitig unterbreitete er umfangreiche Vorschläge für die Demokratisierung des Justizwesens. 1921 wurde er Mitglied des Preußischen Landtags, dem er bis 1933 angehörte. Von 1924 bis 1927 war er Chefredakteur des sozialdemokratischen satirischen Wochenblatts *Lachen links*.

1933 emigrierte Kuttner über Paris nach Amsterdam. Trotz vieler Vorbehalte gegenüber der KPD, beteiligte er sich seit November 1935 an der Arbeit zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront und unterschrieb die Aufrufe des Lutetia Kreises und des Ausschusses für eine deutsche Volksfront, die zur Einheit aller Hitlergegner mahnten.

Ende 1936 ging er als Korrespondent nach Spanien, um über den antifaschistischen Freiheitskampf des spanischen Volkes zu berichten und für die Verstärkung der internationalen Solidarität zu wirken. Hervorzuheben sind seine Beiträge für den *Deutschen Freiheitssender* 29,8 auf spanischem Boden.

Während der Kämpfe um Brunete verwundet, kehrte er nach Amsterdam zurück. Tief erschüttert über die Niederlage des spanischen Volkes und die Nichteinmischungspolitik rechter Führer seiner Partei, trat Kuttner nunmehr verstärkt für eine Zusammenarbeit mit der KPD ein. In den Niederlanden veröffentlichte er den Künstlerroman *Hans von Mare's* und erarbeitete den Roman *Das Hungerjahr 1556*.

Im April 1942 wurde Kuttner von der Gestapo in den Niederlanden aufgespürt und in das KZ Mauthausen überführt und dort bereits im Dezember ermordet.

• KURT SCHNEIDER

Die Konfrontation der beiden Lager, die um die USA bzw. die UdSSR gruppiert waren, schritt 1952 weiter voran. Mit der fünf Jahre zuvor verkündeten *Truman-Doktrin* hatten die USA auf eben diesen generellen Nachkriegskurs gesetzt. Zudem wurde ab Juni 1950 in Korea ein blutiger, verlustreicher Krieg geführt, an dem die USA, wenn auch formell unter UNO-Flagge, als ein Hauptakteur aktiv beteiligt waren.

In dieser Situation unterzeichnete Bundeskanzler Konrad Adenauer am 26. Mai 1952 in Bonn den Generalvertrag (Deutschlandvertrag) über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich sowie den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Der Abschluss des Generalvertrages sollte mit der Aufhebung des am 10. April 1949 verkündeten Besatzungsstatuts verbunden sein. Der Generalvertrag entstand hauptsächlich im Zusammenhang mit der seit 1950 vor allem von den USA erhobenen Forderung nach einem eigenständigen westdeutschen „Beitrag zur europäischen Sicherheit“ und in der Absicht, ein damals mögliches neutralisiertes einheitliches Deutschland gemäß den sowjetischen Vorschlägen vom Frühjahr 1952 unbedingt zu verhindern. Obwohl mit dem Generalvertrag die Souveränität der Bundesrepublik verkündet wurde, galten viele Einschränkungen. So behielten sich die Westmächte u. a. das Einspruchsrecht in allen Fragen vor, die Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung und einer Friedensvertragsregelung, betrafen. Die sogenannte Bindungsklausel im Artikel 7 sah vor, die Verträge auch auf ein wiedervereinigtes

Vor 55 Jahren Generalvertrag

Adenauer besiegelte deutsche Zweistaatlichkeit



Bundeskanzler Konrad Adenauer setzt seine Unterschrift unter den Deutschlandvertrag (Generalvertrag), der nur in Verbindung mit dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Kraft treten kann, der einen Tag später, am 27. Mai 1952, in Paris unterzeichnet wird. Der Deutschlandvertrag soll das bisherige Besatzungsstatut für die BRD ablösen.

Deutschland auszudehnen. Die Vorbehaltrechte sanktionierten gleichzeitig die unbefristete Besetzung Westdeutschlands durch unbeschränkte Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Die Bundesregierung verpflichtete sich, die Bundesrepublik mit dem westlichen Paktsystem völlig zu verbinden und ohne Zustimmung der Unterzeichnerstaaten des Generalvertrages kein Abkommen zu schließen oder einer Abmachung beizutreten, die die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würden.

Mit der Zustimmung zur Europäischen Verteidigungsgemein-

schaft verpflichtete sich Bundeskanzler Adenauer, der unter amerikanischem Kommando (NATO) zu bildenden Europa-Armee westdeutsche Truppen zur Verfügung zu stellen. All diese Schritte vertieften die Spaltung Deutschlands nachhaltig.

Nicht nur die DDR protestierte entschieden gegen General- und EVG-Vertrag. In Westdeutschland entwickelte sich in den folgenden Wochen eine breite Protest- und teilweise auch Streikbewegung. So traten ab 27. Mai 1952 sämtliche Zeitungsdrucker für 48 Stunden in den Ausstand; ihnen schlossen sich die in Westberlin an. In mehr als 25 Städten der Bundesrepublik

nahmen Zehntausende Menschen an großen Demonstrationen teil.

Der Generalvertrag wurde 1952 in den USA und Großbritannien, 1953 in der BRD ratifiziert. Doch dann scheiterte am 30. August 1954 die Ratifizierung des EVG-Vertrages in der französischen Nationalversammlung. Der Widerstand gegen Generalvertrag und EVG-Vertrag verzögerte deren Inkraftsetzung und zwang die Initiatoren zu Umwegen. Eine Neunmächte-Konferenz (USA, Kanada, Großbritannien und die sechs EVG-Staaten) beschloss in London (28. September bis 3. Oktober 1954) die Aufnahme der BRD in die NATO, die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU) und die Neufassung des Generalvertrages durch das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Beschlüsse bildeten den Inhalt der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954. Nach der Ratifizierung trat der so genannte Deutschlandvertrag am 5. Mai 1955 in Kraft.

Mit der nunmehr rechtsgültigen Einbindung der BRD in die NATO und dem darauf folgenden Abschluss des Warschauer Vertrages durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten war die gefährliche Frontlinie des Kalten Krieges mitten in Deutschland für die folgenden Jahrzehnte komplett – basierend auf dem Gleichgewicht des Schreckens, darin eingeschlossen eine lange gegensätzliche deutsche Zweistaatlichkeit.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (49)

Als 1950 die größte Umbenennungsaktion für Straßen in Leipzig beschlossen wurde, da erhielten auch elf Straßen im gesamten Stadtgebiet die Namen von ermordeten Antifaschisten der Berliner Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack. Damit wurde eine der größten deutschen Widerstandsorganisationen geehrt, die in ihren Reihen das breiteste Spektrum von Nazigegnern hatte, das man sich denken kann: Professoren, Kunstschaffende, Wissenschaftler, Offiziere, Kommunisten, Jugendliche und vor allem sehr viele Frauen. Darum erhielten auch fünf Straßen die Namen von Frauen, eine (Coppi) von einem Ehepaar und bei zweien (Schulze-Boysen und Harnack) wurde mit der Namensvergabe auch die jeweilige Ehefrau mit geehrt.

Die Organisation (immerhin wurden in den Jahren 1942/43 von den etwa 150 Mitgliedern 126 zu Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilt) entwarf und verteilte Flug-

schriften, sammelte Berichte von Gräueltaten der Nazis, half verfolgten Juden, hörte „Feindsender“ ab und benachrichtigte Angehörige von in der UdSSR gefangen genommenen Soldaten über deren Überleben.

Bontjes-van-Beek-Straße

Die Gruppe nahm auch enge Verbindungen zur Sowjetunion auf und versuchte per Funkgerät Informationen zu übermitteln. Sie war damit eingebunden in die über ganz Westeuropa verbreitete Widerstandsorganisation, die von der deutschen Abwehr den Namen „Rote Kapelle“ erhielt, „rot“ wegen der Verbindung zur SU und „Kapelle“, weil sie Funkgeräte benutzte. Die Tätigkeit der Organisation wurde im DEFA-Film „KLK an PTX“ gewürdigt, wenn auch leicht überhöht.

In diese Widerstandsgruppe kam die junge Cato Bontjes van Beek, nachdem sie im Haus ihres Vaters Libertas Schulze-Boysen kennengelernt hatte. Cato wurde am 14. November 1920 in Bremen als Tochter des

Keramikers Jan Bontjes van Beek und seiner Frau, der Tänzerin und Malerin Olga Bontjes van Beek geboren und verlebte ihre Kindheit gemeinsam mit ihrer Schwester Mietje in der Künstlerkolonie Worpswede/Fischerhude bei Bremen. 1940 gingen beide Kinder zum Vater nach Berlin.

In dessen Haus trafen sich Gegner des Naziregimes, und so lernte Cato auch ihren Freund und Kampfgefährten Heinz Strelow kennen. Beide druckten und verteilten illegale Schriften und Flugblätter, die zum Widerstand gegen die Nazis aufriefen. Am 20. September 1942 wurde Cato von der Gestapo verhaftet, nachdem sie über das westeuropäische Netz der Organisation an die Nazigegner herangekommen war. Am 18. Januar 1943 wurde sie entgegen aller Erwartungen vom Reichskriegsgericht Berlin wegen „Beihilfe zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 zusammen mit einigen Mitkämpfern, vorwiegend Frauen und ältere Widerständler, im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Beginnen wir mit der guten Nachricht: Als sich neulich erst in Berlin und danach in der heimlichen „DDR-Sporthauptstadt“ Leipzig DTSB-„Kader“ trafen, um den 50. Jahrestag der Gründung der Sportorganisation zu feiern, herrschte exzellente Stimmung. (Einige klagten zwar hinterher, man habe sie nicht eingeladen und hatten wohl geglaubt, man installiere noch immer „Orgbüros“ mit FAX-Anschluss, wenn solche Feste anstehen.) Selbst der DOSB hatte in seinem Pressedienst von dem Ereignis Kenntnis genommen, allerdings mit Holger Schück einen der unbedarftesten Sportjournalisten damit betraut, einen Schmähartikel zu verfassen. Es lohnt nicht, dem Aufmerksamkeit zu schenken. Immerhin: Man kam an dem Ereignis nicht vorbei. In Berlin hatte irgendein Schwachkopf in irgendeiner Zeitung geschrieben, es habe sich um ein Treffen der „Unbelehrbaren“ gehandelt. Das allerdings warf die Frage auf, in welcher Hinsicht wir uns denn belehren lassen sollen?

Erinnert wurde ich an diese Frage allerdings erst wieder, als mir zufällig eine Ausgabe des *Berliner Kurier* in die Hände fiel, die wohl jemand in der Straßenbahn hatte liegen lassen. Ich las darin, um mir die Langeweile zu vertreiben und stieß auf ein Interview mit Hertha-Manager Dieter Hoeness. Er versuchte den Berlinern zu erklären, wie Hertha seine 46 Millionen Euro Schulden loswerden will: Man nimmt einen Kredit auf, der aber nicht Kredit heisst, weil man den dem Verein wegen des hohen Schuldenbergs gar nicht gestatten würde. Nun kassiert Hoeness für 25 Millionen „Genussscheine“ und erklärte diese Variante mit den Worten: „Ein Mittelding zwischen Aktien und Kredit. ...“ Darauf fragte der Interviewer: „Wird Hertha ein Spekulationsobjekt?“ und Hoeness antwortete offenerzig: „Ja“, und räumte ein: „Sollte Hertha pleite gehen, sind die 25 Millionen futsch.“ Und dann kam der Fragesteller auch noch zum Kern der Sache: „Schulden, die nicht so heißen – ist das nicht Augenwischerei?“ Und nun ihr „Unbelehrbaren“ hört die „Signale“ des Dieter Hoeness: „Ja es ist recht-

lich abgesicherte Augenwischerei. Aber so funktionieren große Teile des Profi-Fußballs“ und dem folgte der für die Hertha-Umwelt schockierende Satz: „und des Kapitalismus überhaupt“.

Ich las es dreimal: Hatte er wirklich Kapitalismus gesagt? Gibt's denn den überhaupt noch, Dieter Hoeness? Und wenn ja, soll man das vor aller Öffentlichkeit bekennen? Noch dazu im Hinblick auf den doch so unpolitischen Sport? Und das obendrein in den Tagen rund um die 50-Jahr-Feiern des DTSB? Zu dessen Zeiten zahlten die Segler nicht einen Pfennig mehr Beitrag wie die Cross-Läufer! Und kein Arbeitsloser musste sich den Kopf zerbrechen, wovon er das Fahrgeld für das nächste Auswärtsspiel seines Sohnes bezahlt. Und das

auch den Rentner reaktiviert haben.

Vor allem, weil da noch ein Problem zu lösen war, dass weder im DSOB noch im Eiskunstlaufverband jemand in den Griff bekommen hatte: den Fall Ingo Steuer. LN-Leser müssen in dieser Hinsicht nicht aufgeklärt werden, sie sind an dieser Stelle ausgiebig – und zwar korrekt – informiert worden. Medaillen hatte der Chemnitzer Eiskunstläufer für Deutschland holen dürfen, aber als er zu den Trainern wechselte und dort bald einer der Erfolgreichsten war, kramte man seine angebliche „Stasi“-Vergangenheit hervor und Innenminister Schäuble sorgte persönlich dafür, dass er gefeuert wurde.

Und hier schließt sich der Kreis zwischen der guten und der schlechten Nachricht: Bei den DTSB-Partys in Berlin und Leipzig kursierte auch das Mitteilungsblatt der DTSB-Senioren und in dem war die Postkarte abgedruckt worden, die Aljona Sawtschenko, Robin Szolkowy und Ingo Steuer von den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften aus Tokio geschickt und sich dafür bedankt hatten, dass die Senioren nach einer Sammelaktion die Flugkarte Berlin-Tokio-Berlin für Steuer bezahlt hatten. Die Leipziger Journalistin Grit Hartmann, die in solchen Situationen als antikommunistischer Granatwerfer in der *Berliner Zeitung* eingesetzt wird, skizzierte die Situation erbot mit den Worten: „Als die Veteranencombo ... den verblichene DDR-Sportbund ... hochleben ließ, ging die Dankeskarte herum'... Steuer wusste bei wem“ er sich bedankte: „Die spendablen Senioren sind mit der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung verknüpft, einem Netzwerk von SED-Nomenklatur und Stasi-Obristen.“ Damit war die Schlinge geknüpft, die die Senioren – darunter Turn-Olympiasieger Klaus Köste und Leichtathletik-Europameister Manfred Matuschewski – sogar mit den „Stasi-Obristen“ verband.

In diesen „DDR-DTSB-Nostalgie-Dschungel“ soll Gauck nun einen Pfad für Steuer schlagen, dessen Schützlinge gedroht haben, ihre Schlittschuhe an den Nagel zu hängen, wenn man ihm weitere Schwierigkeiten bereitet. Schafft Gauck das nicht, wäre sein Comeback ähnlich kläglich gescheitert, wie das des Box-Schwergewichtlers Axel Schulz. Der schlitzohrige Gauck glaubt einen „Notausgang“ gefunden zu haben: „Staatlicher Repräsentant“ kann Steuer nicht sein, aber eine „private Lösung“ wäre denkbar. Die ebenso denkbare Folge: Das Kunstlaufpaar startet künftig nicht mehr für Deutschland, sondern abwechselnd für die DTSB-Senioren und vielleicht für Hertha BSC.

Merke: Es gibt heutzutage nichts, was es nicht gibt!

Sportkolumne

Anmerkungen zur Wahrheit

warf in mir die Frage auf: Wer – zum Henker – sind denn nun eigentlich die Unbelehrbaren?

Nun die weniger gute Nachricht: Der DOSB hat einen neuen Berater engagiert: Joachim Gauck. Der soll also zwischen Eishallen und Fußballplätzen sein Comeback feiern! Und zwar als Vorsitzender des „Unabhängigen Beratungsgremiums in Stasi-Fragen“. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Der Mann ist der richtige Mann für diesen Job, denn auch für ihn wurde eine ordentliche MfS-Akte über seine Zusammenarbeit geführt, die allerdings nach 1990 gern versteckt wurde. Nur wenige kennen deshalb das Protokoll, dass eine Aussprache zwischen ihm und einem MfS-Offizier am 28.7.1988 (10.30 Uhr) festhielt und das mit folgender Frage Gaucks endete: „In diesem Zusammenhang fragte Gauck den Mitarbeiter, ob er etwas dagegen hätte, wenn er ihn, wenn er ein Problem hätte, anrufen könnte, und mit ihm ein Gespräch vereinbaren kann/könnte.“

Klartext: Nicht der MfS-Mitarbeiter hatte Gauck aufgefordert, ihn anzurufen und zu „informieren“, sondern Gauck hatte sich angeboten. Er hatte sogar um die Telefonnummer gebeten und die Antwort bekommen, dass die doch in jedem Rostocker Telefonbuch steht. Also: Der Mann ist wirklich der geeignete Experte für eine solche Funktion und deshalb dürfte der DOSB wohl



JETZT AM KIOSK

ODER BEQUEM IM PROBEABO

01805 / 917 917

[1,34 €/min]

www.melodieundrhythmus.com

Jetzt
NEU!!!

Erklärung der arabischen Vereine in der Stadt Leipzig zur Instrumentalisierung der antifaschistischen Demonstration vom 29. April 2007

Wir, die unterzeichneten Vereine:
 • Vereinigung der Arabischen Studenten und Akademiker e.V.
 • Arabisch-Deutsches Kulturhaus und der
 • Verband der Syrer in Nord-sachsen

erklären unser Unwillen darüber, dass die Demonstration vom 29. April, die vom Connewitzer Kreuz nach Markkleeberg führte und Zeichen gegen die Umtriebe der Nazis im Leipziger Südraum setzen sollte, dazu benutzt wurde, populistische Werbung für die Politik des Staates Israel zu betreiben und eine diffamierende Rede gegen das palästinensische Volk zu halten.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Unterstützung für den antifaschistischen Kampf und distanzieren uns entschieden von den heuchlerischen Bekundungen der Neonazis und ihrer angeblichen Unterstützung für das palästinensische Volk.

Gleichzeitig betonen wir unseren Protest gegen die plötzliche Umdichtung der Ziele dieser überaus wichtigen Aktion, die ursprünglich ein Zeichen gegen die Aktivitäten der Nazis, insbesondere im Südraum der Stadt Leipzig setzen sollte.

Indem wir unsere Empörung über diesen Missbrauch zum Ausdruck bringen, legen wir den Akteuren nah, zu prüfen, ob ihre Handlungsweise dem antifaschistischen Kampf dient oder nicht vielmehr die Front der Antifaschisten spaltet.

Um ein Zeichen gegen die Umtriebe der Nazi-Szene im Südraum Leipzigs zu setzen, reihten wir uns am 29. April mit viel Enthusiasmus in die Demonstration vom Connewitzer Kreuz nach Markkleeberg ein. Mit uns waren Bekannte und Freunde. Als wir die israelische Fahne in vorderster Front der Demo sahen, verspürten wir zwar Unbehagen, sagten uns aber: „Komm, sieh drüber hinweg, denn es geht um die Sache!“ Ich, Hassan, zwang mich also, hinter der Fahne eines Staates zu marschieren, dessen Politiker viel Leid über Angehörige meines Volkes und benachbarter Völker brachten – das sage ich selbst auf die Gefahr hin, dass man mich als Antisemiten, der ich nicht bin, verunglimpft. Überhaupt: Wie kann ich Antisemit sein, wo ich doch selber Semit bin? Bin ich Antisemit, nur weil ich es wage, eine aggressive und nicht Frieden stiftende Politik zu kritisieren? ... Als wir die Stadtgrenze Markkleebergs erreichten, übernahm ein junger Mann, anscheinend im Sinne der Demonstrationsleitung, das Mikrofon und polemisierte in einseitigen, den Staat Israel verherrlichenden Worten. Zwar seien sich die Veranstalter einig, dass

Antifa-Demo in eine gegen Palästinenser umgewidmet

Wem nutzt diese Spaltung der Nazigeegner?

Staatsflaggen bei ihren Demonstrationen nicht angebracht seien, ihm sei dennoch die israelische Fahne im Demonstrationszug herzlich willkommen. Der Konsens seiner Rede: Die Palästinenser seien Terroristen, die den Staat Israel vernichten wollen. Palästinenser würden von den Nazis unterstützt. Bester Beweis für die Nähe zwischen Nazis und Palästinensern sei, dass Nazis Pali-Tücher trügen.

Die gesamte Hetztirade konnten wir uns leider nicht merken. Wir waren bemüht, unsere Enttäuschung zu unterdrücken und versuchten, Juliane Nagel von den Demo-Organisatoren ausfindig zu machen. Wir wollten sie bitten, dieser Provokation ein Ende zu setzen, leider gelang dies nicht.

Wir appellieren an Frau Nagel und Gleichgesinnte: Wenn Ihr Sozialisten oder Linke seid, wie könnt Ihr die Instrumentalisierung einer solchen Aktion dulden oder Euch dafür hergeben, eine Demonstration, deklariert „Gegen die Umtriebe der Nazi-

Szene im Südraum Leipzigs“, auf halbem Wege umzuwidmen in eine Demonstration „Gegen Palästinenser, die angeblichen Schützlinge der Nazis“?

Für uns ergeben sich auch aus dieser Erfahrung mehrere Fragen, deren Beantwortung wir für den antifaschistischen Kampf als sehr wichtig erachten:

- Weshalb werden häufig Opfer des Nationalsozialismus signifikant auf Menschen jüdischer Herkunft reduziert? Haben nur Juden unter der Naziherrschaft gelitten?
- Weshalb wird jeder – auch unter Antifaschisten – als Antisemit abgestempelt, der es wagt, die aggressive und expansive Politik des Staates Israels zu kritisieren?
- Warum können nicht alle Antifaschisten – Juden, Christen, Muslime, Sozialisten und andere humanistische und friedliebende Menschen – respektvoll und im Sinne des gemeinsamen Zieles vorgehen?
- Wem nutzt die Spaltung der Front der Nazigeegner?

Mag sein was will, und ihr könnt eure Argumente haben, doch keines rechtfertigt das Geschehen vom 29. April dieses Jahres.

BRIGITTE UND HASSAN
 ZEINEL ABIDINE, LEIPZIG

Ein stinkender Kopf...

Da denkt einer laut, dass ein Todesurteil verhängender NS-Marinerichter ein Nazi-Gegner war. Dass dies kein falscher Zungenschlag war, sondern Ausdruck einer in diesem Land latent vorhandenen Denkweise ist, wird deutlich, wenn Politiker von CDU und SPD meinen, mit einer Entschuldigung sei es getan. Nur naive Gemüter hegen die Illusion, dass sich damit über Nacht das Denken und die Einstellung eines Menschen ändert. Das ist die übliche Taktik, um den Posten zu behalten, weil man sich dummerweise in der Öffentlichkeit zu weit vorgewagt hat. Sogar ein Gedenkgottesdienst war für Filbinger geplant, der erst unter dem Eindruck der Proteste abgesagt wurde. Wieder einmal vermisste ich den

Aufschrei der Bürgerrechtler, die in der DDR für mehr Demokratie angetreten waren. Jedoch – eine bei jeder Gelegenheit hochgejubelte Demokratie und ein zum Nazigeegner umgetaufter Blutrichter als Ministerpräsident eines Bundeslandes – wie geht das zusammen?

Wer LN liest und mit offenen Augen durch dieses Land geht, weiß, dass die BRD niemals ernsthaft mit dem Faschismus gebrochen hat. Nicht einmal zum „verordneten Antifaschismus“ oder zum Verbot neofaschistischer Parteien hat es gereicht, so wie es das Potsdamer Abkommen völkerrechtlich verbindlich vorschreibt. Es ist als nicht nur der fruchtbare Schoß, sondern auch der stinkende Kopf, der so etwas hervorbringt. H. PURSCHE, LEIPZIG

Zivile Projekte statt UNMIS

Mit völligem Unverständnis haben wir das „durchwachsende“ Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Linksfraktion im Bundestag zur Kenntnis genommen. Das kann nicht sein, denn nicht nur wir haben uns vorbehaltlos gegen einen Einsatz der Bundeswehr in aller Welt ausgesprochen und dafür Unterschriften gesammelt.

Jetzt wird über die Hintertür des UNMIS-Einsatzes der Segen fürs Militär erteilt – und was kommt später? Sind linke Politiker so phantasielos und halbherzig, als dass ihnen keine zivilen Projekte, politische Optionen und öffentliche Aktionen einfallen?

Offenen Auges und nicht selbstlos haben die USA in der Region schon seit Jahren agiert, aber zu ihrem eigenem politischen und vor allem ökonomischen Nutzen und jetzt schreien sie „haltet den Dieb“, der sie selbst sind. Darauf muss aufmerksam gemacht und politische Reaktionen sowie angemessenen Sanktionen gegen die Verantwortlichen mit Nachdruck eingefordert werden. Wir bleiben beim NEIN zu Militäreinsätzen!

RAIMON BRETE
 IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität/Chemnitz

Wanderungen durch Neufünfland

WAS MAN UNS BEI EINEM MARSCH durch die märkischen Wälder erzählte, war einfach nicht zu glauben: Irgendwo in der Uckermark sind sich preußischer Ural-Adel und DDR-Bürgerrechtler im wahrsten Sinne des Wortes in die Haare geraten. Wir machten uns also auf den Weg, hörten uns hier um, und je näher wir besagtem Mahlendorf kamen, desto glaubwürdiger schien uns, dass man uns keinen Bären aufgebunden hatte. Dennoch blieben wir noch zurückhaltend beim Weitererzählen, weil sich auch herumgesprochen hatte, dass die Hauptpersonen der Affäre Stammgäste vor den Gerichten sind und wir LN nicht auch noch einen Prozess aufhalsen wollten. So versteckten wir anfangs die Namen hinter Pseudonymen, wurden aber kühner, als uns jemand die Wochenend-Beilage einer Tageszeitung zusteckte, in der die Angelegenheit hemmungslos behandelt worden war. Also: Schauplatz ist Mahlendorf, klein aber fein, in dem sich einer der Erben des Geschlechts derer von Arnims Ende des vorvorigen Jahrhunderts ein Jagdschloss hatte bauen lassen. In das kehrte eine seiner Nachfahrrinnen nach

Nicht nur Hiobsbotschaften...

dem Untergang der DDR zurück. Den Journalisten erzählte sie, dass ihr Mann einen happigen Kredit für die Kaufsumme aufnehmen musste, an dem noch die Enkel zu zahlen haben werden. Alles schien danach im Arnimschen Lot, als eines Tages ein gewisser Herr Meckel seine Liebe für Mahlendorf entdeckte. Er verriet den Journalisten, wie er in der DDR gelitten hatte, wie er von einer „Ostberliner Eliteschule“ geflogen war und das Abitur in „einer kleinen evangelischen Schule in Potsdam“ ablegen musste. Später brillierte er dafür bei den DDR-Bürgerrechtlern und avancierte zum letzten DDR-Außenminister. Kurzum: Nun ist er der Nachbar derer von Arnims. Aber laut jener Zeitung „wird fast jedes Wochenende die Polizei gerufen oder der Bundesgrenzschutz, werden Anzeigen gemacht und Gerichtsverhandlungen anberaumt“. Ersparen Sie dem Wanderer weitere Einzelheiten. Zu DDR-Zeiten hätte eine Schiedskommission oder gar der erste Kreissekretär die Ordnung wiederhergestellt, jetzt steht eine Serie von Prozessen bevor und kein Anwalt wird verarmen.

WEIT ERNSTERE SORGEN PLA-

GEN die Dresdner. Man erinnert sich, dass die Stadtverwaltung Tausende Wohnungen verhöckert hatte, um ihre Schulden loszuwerden, und dass viele, vor allem die Linken, vor dem Geschäft gewarnt hatten. Nun wird die erste Quittung präsentiert: Von den 8001 Wohnungen, die vorsorglich für einkommensschwache Mieter reserviert worden waren, sind 90 Prozent bereits belegt und die Zahl der Betroffenen steigt weiter. Man sucht nach Auswegen, aber niemand wusste einen, außer dem, dass die Mieten für Hartz-IV-Empfänger steigen. Wir sahen zu, dass wir davonkamen.

ALS WIR SCHON GLAUBTEN, wir hätten die Hiobsbotschaften hinter uns zurückgelassen, gesellte sich ein Student zu uns, der klagte, dass auch die Studiengebühren in Dresden steigen sollen und auch hier niemand weiß, wie man damit zu Rande kommen kann. Bislang reichten Bafög und die Einkünfte von Gelegenheitsjobs für die Unkosten, aber als erstes sollen die Semestertickets teurer werden. Die Umzugs-Beihilfe für alle, die eine Hauptwohnung in Dresden anmeldeten soll zwar von 250 Euro auf 150 Euro gesenkt werden, dafür müssen viele Studenten künftig eine Zweitwohnungssteuer

berappen. Und dann die „Nebenkosten“! Allein der Eintritt ins Arnhold-Bad soll von 2,70 Euro auf 5,00 angehoben werden. Blicke immerhin der Ausweg, die Badbesuche zu reduzieren. Wozu auch so oft ins Wasser?

ALS WIR ENDLICH BIS NACH THÜRINGEN gewandert waren, gab es auch wieder bessere Botschaften. In Rauenstein zum Beispiel hat der Bürgermeister endlich einen Käufer für das Freizeitzentrum gefunden. Der achtjährige Dornröschenschlaf scheint beendet. Ich muss Ihnen noch erzählen, worum es überhaupt geht: Die 16 malerischen Finnhütten am Hang gehörten einst den Industriewerken Rauenstein und waren dessen Ferienheim. Nach der Kehrtwende kaufte sie einer, der damit das große Geld machen wollte, aber bald Pleite ging. Plötzlich gehörten die Hütten einer Bank in Coburg, die sie immerhin stehen ließ und sogar einen Schutzzaun errichtete. Nicht ganz so stabil, wie der, hinter dem die G8-Oberen in Heiligendamm demnächst konferieren sollen, aber immerhin. Fragte einer in der Runde: „Kann mir einer erklären, wie die marode DDR die Dinger bezahlen und obendrein auch noch erfolgreich betreiben konnte?“ Niemand wusste es – kein Wunder, denn darüber wird heute nirgends mehr ein Wort verloren! • KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

Mittwoch, 23. Mai, 18 Uhr, Leipzig

Podiumsdiskussion: *Das Marx-Relief und die Leipziger Universität – gestern, heute und morgen.* Mit Prof. Rolf Kuhrt, Prof. Frank Ruddigkeit und Prof. Klaus Schwabe. Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Zusammenarb. mit Fraktion Linkspartei.PDS im Stadtrat Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 23. Mai, 19 Uhr, Dresden

Vortrag und Lesung: *Alles wandelt sich – Bertolt Brecht und Dialektik.* Wissenschaftlich-künstlerische Revue mit Prof. Dr. Klaus Schuhmann, Leipzig, und Jochen Kretzschmer, Dresden. ***
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 24. Mai, 19 Uhr, Leipzig

Gender-Kritik. Interdisziplinäre Dispute um Methoden und Probleme der Geschlechterforschung im Spannungsfeld von Essentialismuskritik und Körpertechnologie. Mit Prof. Dr. Anne Waldschmidt, Heilpädagogik, Köln, und Prof. Dr. Nikos Psarros, Philosophie, Leipzig. Veranstalter: Universität Leipzig, Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ***
Deutsches Literaturinstitut Leipzig, Wächterstr. 11

Dienstag, 29. Mai, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Kommunismus – Die gesellschaftliche Befreiung der Individualität auf einer höheren Ebene der Dialektik von Körper, Geist und Seele.* Mit Kornelia Richter, Dipl. Philosophin, Schkeuditz.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Dienstag, 29. Mai, 18 Uhr, Chemnitz

Dokumentarfilm: *Nicht Mehr/Noch Nicht* mit anschließender Diskussion *Schrumpfende Städte und die kulturellen Möglichkeiten urbaner Brachen.* Mit Holger Lauinger, Filmemacher.
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Mittwoch, 30. Mai, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Tania. Mit Che Guevara im bolivianischen Untergrund.* Mit dem Autor Ulises Estrada Lescaille, Havanna.
Gewerkschaftshaus, Verdi-Saal, Karl-Liebknecht-Str. 30

Mittwoch, 30. Mai, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Geld – wie funktioniert's?* Mit Eckhard Rülke, attac Chemnitz
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 30. Mai, 18.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Islamischer Fundamentalismus heute.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt.
Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Mittwoch, 30. Mai, 19 Uhr, Dresden

Filmvorführung und Diskussion: *Von Nairobi nach Cottbus – Das Weltsozialforum 2007 in Nairobi. (20.–25. 1. 2007) und das zweite Sozialforum in Deutschland (18.–21. 10. 2007).* Mit Dr. Andreas Trunschke, Wissenschaftshistoriker, Teilnehmer des Weltsozialforums in Nairobi. ***
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 1. Juni, 18 Uhr, Sa., 2. Juni, 9.30–18 Uhr, Berlin

VI. ständiges Kolloquium zur historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung. In Zusammenarbeit mit Helle Panke: *90 Jahre danach: die Linke und ihr „revolutionäres Erbe“.* ***
Helle Panke, Kopenhagener Str. 76

*** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Tania –

Mit Che Guevara im bolivianischen Untergrund.

Literarische Veranstaltung mit dem Autor des gleichnamigen Buches, Ulises Estrada, anlässlich des 40. Jahrestages der Ermordung von Tamara Bunke und Che Guevara am

30. Mai, 18 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30, 5. Etg.

Veranstalter: Cuba si, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Linxxnet, Rotfuchs, ver.di, IG Metall, FDJ Sachsen, Die Linke Hochschulgruppe.



am 21. Mai 2007
19 Uhr in der Ratstonne der MB

2. Friedenspolitischer Disput am Montag in der Moritzbastei

Völkerrechtliche Folgen des Krieges der USA und ihrer Verbündeten gegen Irak

Über eine Beendigung des Krieges, einen Friedensvertrag, den Truppenabzug, die innere Stabilisierung des Landes sowie die Sühne von Kriegsverbrechen diskutieren

Prof. em. Dr. Panos Terz, Völkerrechtler und Experte für internationale Beziehungen, und **Mosa Mazin**, Irak/VASA.

Friedenszentrum Leipzig e.V. in Verbindung mit AG Flughafen nato-frei, Friedensweg e.V. und Attac

OWUS-Stammtisch

Bildung und Erziehung mit Cornelia Falken, MdL, und Margitta Hollick, Stadträtin in Leipzig

22. 5., 19 Uhr, Markkleeberg, Gaststätte „Weißer Stern“, Koburger Str. 11

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

24. 5., 19 Uhr: Hans-Joachim Schröpfer vom Staatstheater Cottbus: *Der Cottbuser Postkutscher in Leipzig.* Eintritt: 6 Euro, mit Lpz.-Pass. 3 Euro.

Wir trauern um unsere Genossin

Renate Vogt

3. 8. 1930 29. 4. 2007

Ortsverband der Linkspartei.PDS
Marienbrunn

KIROW Ehemaligen-Treffen
Montag 4. 6. 2007 ab 15 Uhr
Bootshaus "Pleiß-Wehr" SG Motor Leipzig West
BUS 60 Hst. RENNBahn Richtung Süden SCHLEUSSIGER WEG 3-5
www.liebichs.de/kirow

Demokratisch und sozial statt neoliberal –

Leipzig-Charta der EU-Bauminister

Die Linkspartei.PDS, Stadtverband Leipzig, lädt ein zum Bürgerforum am

21. Mai., 18 Uhr,

im Volkshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30, Verdi-Saal

Referat: Heidrun Bluhm, MdB

Moderation: Siegfried Schlegel, SR und René Fröhlich, MdL

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Aus dem

Aufruf der Friedensbewegung zur Demonstration am 2. Juni 2007 und der Antikriegsversammlung am Sonntag, 3. Juni 2007 gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm

Kriege beenden statt Kriege vorbereiten

Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Wir fordern von der Bundesregierung entschiedene Schritte zur Abrüstung, friedlichen Lösung politischer Krisen und zum Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt. Und wir verlangen:

Spart endlich an der Rüstung

BUNDESAUSSCHUSS FRIEDENS-RATSCHLAG, FRIEDENS- UND ZUKUNFTSWERKSTATT E. V.

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

24. 5., 16.30 Uhr: *Was sagt uns Georg Büchners „Woyzeck“?* Eine Diskussion mit Prof. Dr. Siegfried Bönisch über freigeistige Literatur im Vormärz des 19. Jahrhunderts

Welt-Anschauung

Um aus Deutschland günstig nach Sri Lanka zu fliegen, bieten sich das Emirat Kuwait und seine Kuwait Airlines an. Das kostet zwar eine Zwischenlandung aber weniger Geld. Außerdem verhilft sie zu einem seltenen Stück Welt-Anschauung.

Ein Großteil der Passagiere in Frankfurt/Main passt ins Klischee: Scheichs in weiten Gewändern, mit Bärten und Reifen auf der Kopfbedeckung. Unterwürfig dahinter: verschleierte Frauen. Erst beten die Männer, später die Frauen. Im Flugzeug sitzen die Männer in der Luxusklasse, die Frauen dahinter. Vorn wird gesprochen, hinten geschwiegen.

Auf dem Flughafen in Kuwait ändert sich alles. Die verhüllten AraberInnen verschwinden. Schöne, fröhliche, ihre Reize zeigende SinghalesInnen oder TamillInnen sitzen im Warteraum, laufen herum, schwatzen miteinander, auch Männer mit Frauen, Frauen mit Männern. Der Europäer versteht – natürlich – kein Wort; dennoch sind die Reden nachvoll-

ziehbar. Die Frauen lassen nichts auf sich sitzen, geben Widerworte, lachen manchen der Burschen aus. Sie riechen nach Schweiß und Knoblauch, schütteln ihren bunten Schmuck. Die farbenfrohen Kleider lassen körperliche Reize sehr wohl ahnen. Zwar tragen viele Kopftücher, doch hier wirken sie nicht wie Hüllen, sondern dürfen getrost Accessoires genannt werden. Und die Nasenpiercings sind anders als bei hiesigen Jugendlichen deutlich als Perlen erkennbar.

Freilich werden die fröhlichen Menschen vor dem Auschecken ziemlich demütigt. Sie stehen geduldig am Schalter des Einreisebeamten, der jeden anschaut, als habe er von ihm die Nase besonders voll. Kleine Götter eben. Eine US-Amerikanerin protestiert, will wegen ihrer Nationalität bevorzugt werden und wird mit barschen Worten zurückgeschickt in die geduldige Schlange. Wenn das Präsident Bush wüsste...

• WOLF WANDER



Nackte Wahrheiten

Politiker reden meistens drum herum, von Ehemännern erwartet man sie in brenzlichen Situationen schon gar nicht, Ehefrauen rät man sogar dringend davon ab. Bleiben also einmal mehr nur die Karikaturisten, die nackte Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen ... meinte Cartoonistin Barbara Henniger zur 6. Leipziger Biennale KARICARTOON. Überzeugen Sie sich bis zum 8. Juli im Stadtgeschichtlichen Museum davon!

Schadenfreude ist die schönste Freude

Da kullerten bei Frau Maus aber die Tränen. Den unbändigen Tränenstrom ausgelöst hatte Hannelore Kraft, SPD-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Im mdr-Talk aus dem Leipziger Hauptbahnhof trug sie am 7. Mai zu später Stunde ihre im Westen nur zu gern gehörte These vor, warum der Solidar-pakt 2 überprüft werden, sprich, ziemlich plötzlich beendigt werden solle. Wobei: BeeRDigt sind ja schon.

Ihr anfängliches Statement, wie man heute einen Standpunkt nennt, lautet: „Die Nachrichten über die gute Entwicklung in Dresden haben eine Debatte ausgelöst, die die Menschen in diesem Land bewegt. Die Menschen sehen nämlich, dass bei uns Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit und schlechter Finanzkraft keine Unterstützung erhalten, sondern noch mit teuer geliehenem Geld den Aufbau im Osten mitfinanzieren. Damit sind die Menschen in diesem Land nicht einverstanden. Ich sage ehrlich: Das kann ich verstehen; das geht mir genauso. Sie und wir fordern eine gleiche Behandlung für gleiche Probleme. Eine arme Stadt ist eine arme Stadt, egal ob in Ost- oder in Westdeutschland.“

Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (CDU), der sich ganz offensichtlich zunehmend und intensiv über die ihm jeden finanztechnischen Schritt vorschreibenden Besserwissis ärgert, sieht allerdings keinen Grund, den Solidar-pakt aufzukündigen, schließlich war er politisch gewollt, ist Gesetz. Und: „Dresden war hoch verschuldet und hat seinen gesamten kommunalen Wohnungsbestand verkauft, hat also Vermögen veräußert, um sich zu entschulden.“

Diese Möglichkeit, wenn sie, nun ja, kommunalpolitisch betrachtet auch nicht die Beste sei, hätten dennoch auch Städte in Westdeutschland, „wenn sie es denn tun müssten“. Mit belegter Stimme, und sich in seinem Zorn zügelnd, schob er nach: „Das der Stadt Dresden jetzt vorzuwerfen und zu sagen, das ist eine Begründung dafür, dass wir den Solidar-pakt nicht mehr einhalten müssen, das ist schon hoch merkwürdig.“

Gewiss, zumal eine Insel wie Dresden noch lange nicht für den ansonsten entindustrialisierten Osten steht – was einen Solidar-pakt schließlich erst erforderlich machte.

Aber des Merks würdig war etwas ganz anderes. Mehrmals wiederholte die Dame Kraft, der Westen sei marode. Ja! Die Straßen in ihrem Bundesland seien zu 50 Prozent marode. Die Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser und dergleichen – stamme aus den 60er und 70 Jahren, sei jetzt also total marode und en bloc zu erneuern, und und und ...

Tja. Alles ist vergänglich in dieser Welt. Insofern hat sie schon recht, der Solidar-pakt sollte einer Verteilung des Geldes nach Bedürftigkeit folgen.

Bloß, das geht nicht, Frau Kraft! Der Osten ist marode! Was Sie jetzt fordern, das ist ein politischer Salto mortale rückwärts – mit Bauchlandung all ihrer Kollegen, der Journalisten, der DDR-Aufarbeiter, der Bürgerrechtler. Ich lach immer noch. Schadenfreude ist halt die schönste Freude,

IHRE
MILIANE MAUS



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

48 Prozent der Deutschen haben Angst vor Spinnen. Vor dem Klimawandel haben viel weniger Angst.

Ein Angstforscher DLF 30. 4.

In den letzten Jahren sind 14 Hochleistungssportler gestorben. Die Todesursachen wurden in vielen Fällen nie richtig festgestellt.

DLF 30. 4.

500 000 Deutsche arbeiten bereits als Leiharbeiter. So sind von den 2500 Beschäftigten bei BMW Leipzig 1000 Leiharbeiter, die für den halben Lohn ihrer festangestellten Kollegen arbeiten müssen.

ARD 2. 5.

Nach Angaben des DGB sind in Leipzig 26 000 auf zusätzliche Arbeitslosengeld II - Leistungen angewiesen. Die Hälfte der Betroffenen gehe sogar einer Vollbeschäftigung nach.

LVZ 2. 5.

Der Niedriglohnsektor muss nicht bekämpft, sondern gefördert werden.

„Die Welt“ - zitiert im DLF 2. 5.

66 Prozent der Schotten fordern

den sofortigen Abzug der britischen Truppen aus dem Irak. Auf einem Transparent waren die Bilder von Bush und Blair zu sehen. Darunter der Schriftzug: Bis heute gibt es nur zwei Massenvernichtungsmittel im Irak

DLF 3. 5.

In über 1000 bayrischen Dörfern gibt es keine Gastwirtschaft mehr.

Bayerisches Fernsehen 3. 5.

In den 7000 niederländischen Blumenzüchtereien arbeiten 20 000 Personen.

DLF 5. 5.

Zur Produktion von einem Kilogramm Weizen sind, weltweit gesehen, 1000 Liter Wasser notwendig. Immer mehr werden Grundwasserreserven gepumpt, die sich nie wieder auffüllen.

DLF 8. 5.

Menschliche Würde ist in der heutigen „Zivilisation der Barbarei“ untrennbar mit Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse verbunden.

Eulenspiegel 5 / 07

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Kunst und Politik

Auf dem Büchermarkt haben Biografien Hochkonjunktur. Das Einzige, was noch fehlt sind die Memoiren eines Fünfjährigen und die Autobiografie seiner kleinen Schwester.

Auch in der Politik setzen sich am Ende die Schauspieler durch, die sich auf Dauer nicht mit der Rolle des dritten Schurken begnügen.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,

Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

15. Mai 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am

1. Juni 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40